

## NEWSLETTER

GEDENKSTÄTTEN UND ERINNERUNGSORTE IN SCHLESWIG-HOLSTEIN

Nr. 16, Dezember 2019, 8. Jg.

Herausgegeben von der Bürgerstiftung Schleswig-Holsteinische Gedenkstätten

Redaktion: Dr. Harald Schmid

## INHALT

- [3](#) EDITORIAL
- [4](#) **LEBENDIGE ERINNERUNG**
- FORUM**
- [5](#) *Hans-Jürgen Kütbach, Trägerverein KZ-Gedenkstätte Kaltenkirchen in Springhirsch* | Unsere Solidarität gilt den Jüdinnen und Juden in der Bundesrepublik Deutschland. Erklärung zu dem Mordanschlag von Halle am 9. Oktober 2019
- [5](#) *Forum Erinnerungskultur Lübeck* | Es ist Zeit für einen großen Schritt in der Erinnerungskultur. Lübeck braucht eine professionelle Vermittlungsarbeit
- [8](#) *Heino Schomaker* | Landesgedenkstättentagung goes East. Ein Rückblick auf die Konferenz „Gedenkstättenlandschaften in Ost und West 30 Jahre nach der Grenzöffnung“ am 15. und 16. November 2019 in Schwerin
- PINNWAND**
- PROJEKTE UND PERSPEKTIVEN
- [10](#) „Lichter gegen Dunkelheit“. Bundesweiter Beleuchtungs-Flashmob am 27. Januar
- [10](#) „Jugend erinnert“ – auch in Schleswig-Holstein. Erfolgreiche Projektanträge im Rahmen des Bundesprogramms
- [12](#) „Jugendpreis gegen Vergessen und für Demokratie“ ausgelobt
- [13](#) *Hauke Petersen* | „Spuren des Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein“. Vernetzungstreffen für den Aufbau einer digitalen Plattform
- [14](#) Perspektiven des „Cap-Arcona“-Gedenkens
- [15](#) *Jan Lokers* | Der Arbeitskreis „Lübeck im 20. Jahrhundert“. Forschen und Vermitteln im Verbund
- [18](#) Generationenwechsel und Neuausrichtung. Jonas Kuhn ist neuer Leiter des Jüdischen Museums
- BERICHTE UND INFORMATIONEN
- [22](#) Neue Generationen, neue Herausforderungen – neues Erinnern? Eine Diskussion über den Umgang mit dem Nationalsozialismus heute
- [23](#) *Thomas Käpernick* | „Lagerschreiberbuch“ des KZ Kaltenkirchen vorgestellt
- [25](#) *Karen Meyer-Rebentisch* | Von den „Deutschen Christen“ zum „Lübecker Märtyrer“. Zum 125. Geburtstag von Karl Friedrich Stellbrink
- [29](#) *Florian Steig* | Zur Aufarbeitung der NS-Vergangenheit und völkischen Ideologie von Baldur Springmann
- LESEZEICHEN**
- [31](#) LITERATURHINWEISE
- [32](#) **TERMINKALENDER**
- [33](#) IMPRESSUM

## EDITORIAL

„Wir fordern den Staat, die Bürgergesellschaft und alle Menschen in unserem Land auf, sich mit uns noch stärker als bisher gegen Rechts-Extremismus zu engagieren und Antisemitismus in all seinen Ausformungen zu bekämpfen.“ So heißt es in der Erklärung zum Mordanschlag von Halle vom 9. Oktober dieses Jahres, die Hans Jürgen Kütbach als Vorsitzender des Trägervereins der KZ-Gedenkstätte Kaltenkirchen formuliert hat und mit der dieser *NEWSLETTER* eröffnet wird. Das Hallenser Attentat mit seinen zwei Toten und der nur mit Glück einem Massaker entgangenen Jüdischen Gemeinde der Stadt hat viele hierzulande nochmals wachgerüttelt. Es war der zweite tödliche Anschlag 2019 nach dem Mord am Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke am 2. Juni. Damit hat die Republik zwei neue bedrückende kalendarische Einträge in der Auseinandersetzung mit dem demokratiefeindlichen rechten Rand der Gesellschaft, die auch Folgen für die Bildungsarbeit der Gedenkstätten haben werden.


Zum Auftakt des Gedenkjahres „75 Jahre Kriegsende“ werden sich am 27. Januar viele Gedenkstätten an der erstmals organisierten Aktion „Lichter gegen Dunkelheit“ beteiligen. Mit diesem konzertierten „Beleuchtungs-Flashmob“ soll auf die erinnerungskulturelle und demokratische Bedeutung der Erinnerungsorte hingewiesen werden. Auch schleswig-holsteinische Einrichtungen beteiligen sich daran, wie in dieser Ausgabe des *NEWSLETTERS* nachzulesen ist.

Und auch über eine dritte wichtige Nachricht von der Bundesebene informiert dieser *NEWSLETTER*: Im Rahmen des Förderprogramms „Jugend erinnert“, das die Bundesregierung im April 2019 ausgeschrieben hat, wurden auch zwei Projektanträge aus Schleswig-Holstein bewilligt, sodass ab 2020 etwa 500.000 EUR Fördermittel des Bundes in die

beiden Projekte fließen werden – Gratulation nach Ahrensböök sowie Ladelund, Husum-Schwesing und Leck!

Die Dynamik, die seit einigen Jahren in vielen Bereichen von Erinnerungskultur und Gedenkstättenarbeit zu beobachten ist, schlägt sich inzwischen auch verstärkt in der Hansestadt Lübeck nieder. So hat sich 2017 der – wissenschaftlich orientierte – Arbeitskreis „Lübeck im 20. Jahrhundert“ gegründet, der seither zweimal jährlich zu Tagungen zusammenkommt. Im Jahr darauf hat sich das „Forum Erinnerungskultur Lübeck“ konstituiert, das sich primär als Lobby für die Weiterentwicklung der öffentlichen Erinnerung an die NS-Verbrechen versteht. Über beide neue Lübecker Initiativen finden Sie Artikel in diesem *NEWSLETTER*.

Diese Dynamik zeigt sich auch in Rendsburg, wo der generationelle und konzeptionelle Umbruch im Jüdischen Museum eng mit dem neuen Leiter Jonas Kuhn verbunden ist, der auf den folgenden Seiten vorgestellt wird. Darüber hin aus finden Sie beispielsweise Berichte über das Projekt eines digitalen Portals „Spuren des Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein“ und die Perspektiven des „Cap-Arcona“-Gedenkens. Ebenso werden zwei historische Akteure porträtiert: der „Lübecker Märtyrer“ Karl Friedrich Stellbrink und der „Pionier der ökologischen Landwirtschaft“ mit NS-Vergangenheit Baldur Springmann.

Herzlichen Dank an alle Trägerinnen und Träger, die diesen *NEWSLETTER* ermöglicht haben. Wir wünschen ein friedliches, gesundes und erfolgreiches 2020! 

*Prof. Dr. Dr. h.c. Gerhard Fouquet  
Dr. Harald Schmid*

## LEBENDIGE ERINNERUNG



Am 15. und 16. November 2019 fand in Schwerin die erste gemeinsame Gedenkstättenntagung von Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern statt. Unter dem Titel „Gedenkstättenlandschaften in Ost und West 30 Jahre nach der Grenzöffnung“ kamen im Dokumentationszentrum des Landes Mecklenburg-Vorpommern für die Opfer der Diktaturen in Deutschland etwa 60 Aktive und Interessierte aus beiden Bundesländern zusammen. Der Tagungsort am Schweriner Demmlerplatz, das 1916 errichtete Justizgebäude, fungierte im Nationalsozialismus und in der DDR als Gefängnis und wird in einem getrennten Trakt weiterhin als Justizvollzugsanstalt benutzt – parallel zum heutigen Bildungsort mit einer dreiteiligen Dauerausstellung. Das historische Gebäude steht für politisches Unrecht und staatliche Verfolgung im 20. Jahrhundert und war so für die gemeinsame Tagung ein idealer Ort. Für Schleswig-Holstein eröffnete Staatssekretär Dr. Oliver Grundei die Tagung (o.l.). Einzelne Sektionen moderierten unter anderem Dr. Stephan Linck (Nordkirche, BGS, u.l.) und Dr. Andreas Wagner (Politische Memoriale) und Uta Körby (LAGSH, u.r.). – Fotos: Dr. Harald Schmid ◀

## FORUM

### **Unsere Solidarität gilt den Jüdinnen und Juden in der Bun- desrepublik Deutschland Erklärung zu dem Mordanschlag von Halle am 9. Oktober 2019**

*Hans-Jürgen Kütbach, Trägerverein  
KZ-Gedenkstätte Kaltenkirchen in  
Springhirsch*

Mit Abscheu, Wut und Entrüstung haben wir gestern die Nachricht über den Mordanschlag in Halle zur Kenntnis nehmen müssen. Unsere Anteilnahme und unsere Gedanken sind bei den Opfern, ihren Familien und Freunden. Wir wünschen ihnen für die nächste Zeit viel Kraft und Mut!

Gleichzeitig verurteilen wir den Mordanschlag und den Angriff auf die jüdische Gemeinde in Halle auf das Schärfste. Dass im Jahr 2019 in Deutschland auf eine Synagoge geschossen werden kann, ist ein politisches Armutszeugnis für unseren Staat und unsere Gesellschaft, aus der der Täter hervorgegangen ist. Es darf nicht sein, dass Jüdinnen und Juden fast 75 Jahre nach Kriegsende mehr denn je Angst um ihre körperliche Unversehrtheit haben müssen.

Die Tat von Halle kann nicht isoliert von den politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen der letzten Jahre betrachtet werden. Rechtsextremistisches Gedankengut rückt leider zunehmend in die Mitte der Gesellschaft. Die roten Linien dessen, was vermeintlich sagbar und tragbar ist, haben sich in starkem Maße verschoben. Antisemitische Angriffe an Schulen und an anderen öffentlichen Orten geschehen fast wöchentlich. Gleichzeitig sind politische und gesellschaftliche Stimmen zu vernehmen, die unsere Gedenk- und Erinnerungskultur in Bezug auf die Shoa und die NS-Gewaltverbrechen insgesamt in Frage stellen. Der Mordanschlag von Halle ist damit auch ein Angriff auf die demokratische und politische Kultur in der Bundesrepublik und ein Angriff

auf den sozialen und demokratischen Zusammenhalt.

Wir fordern den Staat, die Bürgergesellschaft und alle Menschen in unserem Land auf, sich mit uns noch stärker als bisher gegen Rechts-Extremismus zu engagieren und Antisemitismus in all seinen Ausformungen zu bekämpfen. Unsere ganze Solidarität gilt der jüdischen Gemeinschaft in der Bundesrepublik Deutschland.

*Hans-Jürgen Kütbach ist Vorsitzender des  
Trägervereins KZ-Gedenkstätte Kaltenkirchen  
in Springhirsch e.V. ◀*

### **Es ist Zeit für einen großen Schritt in der Erinnerungskultur Lübeck braucht eine professionel- le Vermittlungsarbeit**

*Forum Erinnerungskultur Lübeck*

Das *Forum Erinnerungskultur Lübeck* hat sich im Sommer 2018 gegründet. Es ist ein Bündnis verschiedener Initiativen und Einrichtungen, die sich im Bereich Zeitgeschichte, Gedenken und historisch-politische Bildung engagieren. Unter dem Motto „Lübeck erinnert – für Demokratie und Menschenrechte“ versteht sich das *Forum* als Lobby für eine zeitgemäße und professionelle Erinnerung an die Zeit des Nationalsozialismus und dessen Rezeptionsgeschichte nach 1945 in Lübeck. Am 30. Januar 2019 ist das *Forum* erstmals mit einer [Veranstaltung im Europäischen Hansemuseum](#) an die Lübecker Öffentlichkeit getreten.

Das Ziel des *Forums* ist die Schaffung von Strukturen, die diesen Themen dauerhaft und verlässlich eine hohe Priorität in unserer Stadt verschaffen und die Vernetzung der einzelnen Akteure in der Erinnerungsarbeit befördern. Dabei geht es auch darum, die Hansestadt bei der – bislang fehlenden – Aufnahme in das [Landesgedenkstättenkonzept Schleswig-Holsteins](#) von 2015 zu unterstützen.

### *Ausgangspunkt: Wo steht Lübecks Erinnerungskultur?*

In der Hansestadt Lübeck wird vielfältig an die Herrschaft und Verbrechen des Nationalsozialismus und den Zweiten Weltkrieg erinnert. Diverse Initiativen, Institutionen, engagierte Einzelne und die Stadt tragen diese Erinnerung. So hat Lübeck eine ganze Reihe entsprechender Erinnerungsorte aufzuweisen. Alljährlich im November unterstützt die Stadt diverse Akteure bei der Öffentlichkeitsarbeit für die Veranstaltungen in der „Zeit des Erinnerns – für die Zukunft“.



Das Mahnmal für die Opfer der NS-Verfolgung in Lübeck. – Fotos: Dr. Harald Schmid

Die jüngste Entwicklung zielt darauf, ein Konzept für „Wege von Verfolgung und Widerstand“ zu entwickeln, das auch eine Strategie zur Vermittlungsarbeit enthalten soll. Zudem sollen die ehemaligen Verhörszellen der Gestapo im Keller des Zeughauses ein öffentlicher Gedenkort werden. Das *Forum Erinnerungskultur Lübeck* begrüßt diese Zielsetzung nachdrücklich. Allerdings bedarf es weitaus größerer Anstrengungen, damit Lübecks Erinnerungskultur Anschluss an den Stand anderer vergleichbarer Städte bekommt. Eine zeitgemäße Vergegenwärtigung insbesondere der lokalen Geschichte Nazi-Deutschlands erfordert heutzutage mehr als einige gestaltete Gedenk- und Erinnerungsorte. Vor allem in den Bereichen Forschung, städtische Verantwortung und Koordination sowie konkreter professioneller Vermittlungsangebote hat die Hansestadt einen großen

Nachholbedarf, um diese größte Zäsur der deutschen Geschichte in der Nach-Zeitzeugen-Epoche an die folgenden Generationen zu vermitteln und attraktive Angebote zur Auseinandersetzung und gegenwartsbezogenen Aneignung zu entwickeln.

### *Perspektiven: Vorschläge des Forums*

Kernziel des *Forums Erinnerungskultur Lübeck* ist es, die Hansestadt darin zu unterstützen, eine zeitgemäße und gegenwartsorientierte Kultur des Erinnerns an NS-Verbrechen und Weltkrieg voranzubringen. Im Mittelpunkt der Anstrengungen vieler Städte steht seit einigen Jahren die Einrichtung zentraler Dokumentations- und Erinnerungszentren. Und zwar nicht nur in großen Städten wie Berlin, Hamburg, Köln und München, sondern auch in kleineren Städten wie in Hannover („ZeitZentrum Zivilcourage“), Braunschweig („Vernetztes Gedächtnis“), Mainz („Haus des Erinnerns – für Demokratie und Akzeptanz“), Freiburg/Br. („Haus der Demokratie“) und Kiel („Zentrum zur Geschichte Kiels im Nationalsozialismus“, Arbeitstitel). Auch in Lübeck muss diese Diskussion jetzt beginnen.

Angelehnt an diese vielfältigen, die jeweilige städtische Zivilgesellschaft belebenden Prozesse formuliert das *Forum* folgende Ziele und Forderungen:

- umfassende Bestandsaufnahme von Erinnerungsorten in Lübeck
- Entwicklung und Umsetzung eines erinnerungskulturellen Konzepts durch die Stadt Lübeck
- Einrichtung einer städtischen Koordinierungsstelle für erinnerungskulturelle Fragen und Aktivitäten sowie zur Unterstützung und Vernetzung der Akteure
- Installierung eines Lernortes für historisch-politische und Demokratie-Bildung auf der Altstadtinsel sowie Förderung und Ausbau der Erinnerungsorte in Lübeck

- Aufnahme der bestehenden Gedenkstätten und Erinnerungsorte sowie ihren Dauerausstellungen in das Vermarktungskonzept der Lübecker Museen und der Lübeck- und Travemünde-Marketing
- Entwicklung einer touristisch wirksamen, auch digitalen Übersichtsdarstellung der Erinnerungsorte.



„Vor den Augen aller“ heißt das „Gedenkzeichen in Erinnerung an die zur Zeit des Nationalsozialismus deportierten Mitbürgerinnen und Mitbürger“ der Künstlerin Ute Friederike Jürß auf dem Vorplatz des Lübecker Hauptbahnhofes.

#### Weiterentwicklung: Konkrete Schritte

Um die öffentliche Auseinandersetzung über die Weiterentwicklung der Lübecker Erinnerungskultur zu unterstützen, wird das *Forum Erinnerungskultur Lübeck* im zweiten Halbjahr 2020 in Kooperation mit der Landesarbeitsgemeinschaft Gedenkstätten und Erinnerungsorte in Schleswig-Holstein (LAGSH), der der Bürgerstiftung Schleswig-Holsteinische Gedenkstätten (BGSCH) und der Hansestadt Lübeck eine Regionalkonferenz organisieren. Ausgehend von der Prämisse, dass der Hansestadt eine zentrale, aber nicht alleinige Verantwortung für eine adäquate Erinnerungs- und Vermittlungsarbeit zu-

kommt, schlagen wir zur Diskussion und Umsetzung dieser Ziele vor, zunächst einen primär mit Fach-Expertise besetzten Begleitausschuss ins Leben zu rufen, der binnen Jahresfrist ein umfassendes Konzept für die Weiterentwicklung der Lübecker Erinnerungskultur vorlegt.

Der darauf basierende, anschließend zu organisierende öffentliche Diskussionsprozess mit Parteien, Bürgerschaftsfraktionen und allen weiteren maßgeblichen Akteuren und Interessierten ist ein wichtiger Schritt in der Sichtbarmachung und Legitimation des Themas, aber auch der Stimulierung von kreativen Impulsen der Bürgerinnen und Bürger Lübecks. Mit Blick auf eine breite politische und finanzielle Grundierung der Umsetzungsperspektive sind auch Gespräche mit einschlägigen landesweiten Institutionen und Organisationen zu führen, insbesondere dem Kulturministerium und dem Landesbeauftragten für politische Bildung.

Auf diesem Weg bietet das *Forum Erinnerungskultur Lübeck* seine nachhaltige Unterstützung an und freut sich auf Gespräche zur Umsetzung einer solchen Perspektive.

*Das von der LAGSH und der BGSCH unterstützte Forum Erinnerungskultur Lübeck besteht derzeit aus circa zwei Dutzend Mitgliedern. Sprecher/innen sind Dr. Bettina Greiner, Dr. Karen Meyer-Rebentisch, Christian Rathmer und Dr. Harald Schmid (beratend).* ◀

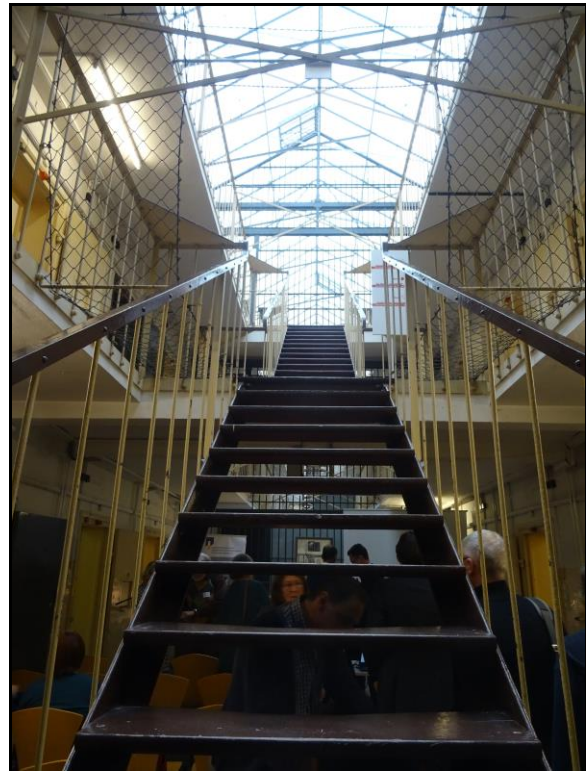
## Landesgedenkstättentagung goes East Ein Rückblick auf die Konferenz „Gedenkstättenlandschaften in Ost und West 30 Jahre nach der Grenzöffnung“ am 15. und 16. No- vember 2019 in Schwerin

*Heino Schomaker*

Seit zwei Jahrzehnten sind die Landesgedenkstättentagungen in Schleswig-Holstein zentrale Treffpunkte für die Akteur\*innen der Erinnerung und des Gedenkens an die Opfer des Zweiten Weltkrieges und der auf den Nationalsozialismus bezogenen Bildungsarbeit. Sie sind Orte des gemeinsamen Lernens, der politischen Diskussion und der Auseinandersetzung mit den konkreten Herausforderungen in den Gedenkstätten und Erinnerungsorten im Lande. Dabei reicht die Themenpalette der Tagungen von der Sicherung und Ausstattung der Gedenkstätten über die Qualifizierung und Professionalisierung der Mitarbeiter\*innen bis zur Arbeit mit neuen, auch multikulturellen Zielgruppen; von der Gewinnung junger Menschen über die Präsentation und Erörterung neuer Forschungsergebnisse bis zur Auseinandersetzung über Geschichtspolitik und aktuelle gesellschaftliche Entwicklungen und deren Bedeutung für Schleswig-Holstein. Und vor dem Hintergrund dieser immensen Herausforderungen musste die Landesgedenkstättentagung 2019 sich nun unbedingt auch noch für weitere Fragen und Themen öffnen und als gemeinsames Konferenzprojekt mit Mecklenburg-Vorpommern in Schwerin stattfinden? Ja – und das war richtig gut so!

Für die Teilnehmer\*innen aus Schleswig-Holstein war diese Öffnung zuerst ein emotional sehr berührender Wechsel von wohltemperierten und mit allerlei pädagogisch Nützlichem ausgestatteten Seminarräumen der Gustav-Heinemann-Begegnungsstätte in Bad Malente in ein großes, bedrohlich wirkendes Gefängnis in Schwerin, das als solches in der Weimarer Republik und während der NS-Zeit,

danach von der sowjetischen Besatzungsmacht und der Stasi in der DDR genutzt wurde. Heute beherbergt ein Teil des Gebäudes das Dokumentationszentrum des Landes Mecklenburg-Vorpommern für die Opfer der Diktaturen in Deutschland, ein kleinerer Teil wird noch immer als Gefängnis genutzt.



Blick in den historischen Ort der Tagung (o.).  
Heike Müller, pädagogische Referentin des  
Dokumentationszentrums, führt Teilnehmer/innen  
der Tagung durch den Gedenk- und Lernort.  
*Fotos: Dr. Harald Schmid*



Wir erlebten an diesem authentischen Ort eine – für mich sehr bedeutsame – Weiterung unserer bisheriger Narrative; die geschichtliche Einbindung des Nationalsozialismus in das



Scheitern der Weimarer Republik und die Nachgeschichte in dem anderen, nicht demokratisch verfassten Teil Deutschlands. Auch wenn diese geschichtlichen Zwänge und Zusammenhänge natürlich bekannt sind – hier drängten sie sich geradezu auf; in Themenstellungen und authentischen Lebenswegen und -geschichten der Teilnehmer\*innen. Das war der Stoff für eine intellektuelle und emotionale Annäherung an gesellschaftliche Gegenwart und Zukunft, die sich auch aus der Lebenserfahrung in der DDR-Diktatur, dem Erleben der gewaltfreien Revolution 1989/90 und dem Ankommen im vereinten Deutschland speiste.

Trotz dieses breiten Spektrums gelang es auch dieser Tagung wieder, beispielsweise mit der sehr spannenden Debatte um die Linien einer europäischen Erinnerungspolitik einerseits und dem Gespräch über Formen und Inhalte von Öffentlichkeitsarbeit andererseits, die Gedenk- und Bildungsarbeit vor Ort mit aktuellen gesellschaftlichen Debatten zu verbinden und so beides zu qualifizieren.

Diese Tagung war für mich kein einmaliges Experiment, sondern ein Meilenstein auf dem Weg zu einer Neuaneignung von Geschichte und Gegenwart, die gesellschaftliche Entwicklungen und individuelle Erfahrungen beiderseits der ehemaligen deutsch-deutschen Grenze als konstituierende Elemente einbezieht und zusammenbringt. Ein großes „Danke schön!“ an die Vorbereitungsgruppe und alle an der Ausgestaltung der Tagung Beteiligten.

*Heino Schomaker ist Vorstandsmitglied der Heinrich-Böll-Stiftung Schleswig-Holstein. Er war Initiator der Landesgedenkstättentagungen in Schleswig-Holstein. ◀*

## PINNWAND

### PROJEKTE UND PERSPEKTIVEN

#### **„Lichter gegen Dunkelheit“ Bundesweiter Beleuchtungs- Flashmob am 27. Januar**

Der 75. Jahrestag des 8. Mai 1945 wird 2020 vermutlich vielfältig reflektiert begangen. Als schillerndes Datum der bedingungslosen Kapitulation der Wehrmacht, des endgültigen Zusammenbruchs von Nazi-Deutschland und dessen Terrorherrschaft, aber auch des Kriegsendes in Europa und der Befreiung aller überlebenden Verfolgten und Diktaturgegner hat diese welthistorische Zäsur eine herausragende Bedeutung. Um sich aus dieser erwartbaren Vielzahl von Veranstaltungen abzuheben, wird am Beginn des Gedenkjahres erstmals eine konzertierte bundesweite Aktion in vielen Gedenkstätten und Erinnerungsorten organisiert.

Initiiert von der Gedenk- und Bildungsstätte Haus der Wannseekonferenz (Berlin), werden am 27. Januar, 75 Jahre nach der Befreiung der Überlebenden des Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz, Gedenkstätten und Erinnerungsorte in allen Bundesländern an dem Projekt „Lichter gegen Dunkelheit“ (Arbeitstitel) teilnehmen. Das bedeutet, dass die jeweiligen Orte ab circa 17 Uhr mindestens zwei Stunden beleuchtet werden und die Aktion dokumentiert und umgehend über soziale Netzwerke digital öffentlich gemacht wird. Wie die Gedenkstätten beleuchtet werden und ob die Aktion mit zusätzlichen Veranstaltungselementen ergänzt wird, entscheiden die Verantwortlichen in den Einrichtungen.

Am 27. Januar wird dann auch eine Internetseite freigeschaltet, auf der alle beteiligten Gedenkstätten mit einem Foto abgebildet sind. Im Laufe der folgenden Tage werden die Fotos der Einrichtungen durch Fotos der Beleuchtungssituation ersetzt. Klickt man auf das Foto der Einrichtung, gelangt man zu den

Veranstaltungen zum Jahrestag. Die [Projekt-website](#) wird im Laufe des Januars freigeschaltet und soll bis in den Mai online bleiben.

Das Projekt „Lichter gegen Dunkelheit“ soll die Pluralität von Gedenk- und Erinnerungsorten in Deutschland zum Ausdruck bringen und mit Blick auf das Gedenkjahr 2020 auf originelle Weise darauf hinweisen, welche Bedeutung diese Einrichtungen als Orte und Träger einer demokratischen Gedenk- und Erinnerungskultur haben. Insofern ist zu hoffen, dass auch die an der Aktion teilnehmenden Gedenkstätten in Schleswig-Holstein am 27. Januar die öffentliche Wahrnehmung auf sich ziehen können. Beispielsweise führt das Henri-Goldstein-Haus in Quickborn mit Schülern des Elsensee-Gymnasiums eine Diskussion zu ihren Erwartungen an diese zukünftige Gedenkstätte durch. Die Veranstaltung findet im Rahmen einer Torfbahnfahrt ab 16 Uhr am Torfwerk in Quickborn, Himmelmoorchaussee, statt. Auch die Gedenkstätte Ahrensböök (17–19 Uhr), die KZ-Gedenkstätte Kaltenkirchen, die KZ-Gedenkstätte Husum-Schwesing (15–17 Uhr) und der Denkort Flandernbunker (18–20 Uhr) nehmen daran teil. (H.S.) ◀

#### **„Jugend erinnert“ – auch in Schleswig-Holstein Erfolgreiche Projektanträge im Rahmen des Bundesprogramms**

Erfreuliche Nachrichten vom Bund: Auch zwei Projekte in Schleswig-Holstein werden ab 2020 im Rahmen des Programms „Jugend erinnert“ mit insgesamt 500.000 EUR gefördert.

Die im Bund regierende Große Koalition aus CDU/CSU und SPD hatte sich in ihrem Koalitionsvertrag vom März 2018 auf dieses Projekt geeinigt. Darin heißt es: „Wir wollen vor allem jüngere Menschen dazu bewegen, Gedenk-

stätten zu besuchen. Deshalb unterstützen wir die Gedenkeinrichtungen bei der Weiterentwicklung ihrer pädagogischen, digitalen und audio-visuellen Vermittlungskonzepte. Eine ethnisch und religiös zunehmend heterogene Zusammensetzung der Besuchergruppen erfordert dabei eine besondere Aufmerksamkeit.“ Und weiter: „Neben der Stärkung der pädagogischen Arbeit wird als ein Teil dieser Förderinitiative das Programm ‚Jugend erinnert‘ ins Leben gerufen, um Austausch und Begegnungen sowie Gedenkstättenfahrten mit entsprechenden Workshops für Schulklassen zu fördern und damit dem wachsenden Antisemitismus und Antiziganismus entgegenzuwirken.“

Nach dieser förmlichen Ankündigung, die auch eine Folge der Lobbyarbeit der bundesweiten Gedenkstättenverbände ([FORUM der Landesarbeitsgemeinschaften](#), AG KZ-Gedenkstätten) war, dauerte es noch über ein Jahr, bis die zuständige Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM), Prof. Monika Grütters, am 19. April 2019 die nötigen Förderrichtlinien vorlegte. Innerhalb von weniger als drei Monaten mussten dann zügig die Projektanträge entwickelt werden. Auch fünf Anträge schleswig-holsteinischer Einrichtungen wurden so neben dem „Tagesgeschäft“ unter hohem Zeitdruck und mit Unterstützung der Bürgerstiftung Schleswig-Holsteinischer Gedenkstätten entwickelt.

Das Programm „Jugend erinnert“ zielt vor allem auf die Förderung neuer und nachhaltiger wirksamer Formate und Kooperationen in der außerschulischen historisch-politischen Bildungsarbeit in Gedenkstätten, mit denen neue junge Zielgruppen erreicht werden - und damit die Gesellschaft in ihrer ganzen Pluralität, so der Wunsch der Bundesregierung.

Für eine Bundesförderung von Gedenkstätten weist das Programm gleich mehrere neue und attraktive Besonderheiten auf: Mussten entsprechende Projekte bislang im Rahmen der „Gedenkstättenkonzeption des Bundes“ den langwierigen Antragsweg über die betreffende Landesregierung gehen und aus dem Bundes-

land eine Kofinanzierung von mindestens 50 Prozent aufbringen, konnten nun im Rahmen von „Jugend erinnert“ die Anträge in einem Volumen von bis zu 400.000 EUR (inklusive Personalmittel) bei einer Projektlaufzeit von maximal drei Jahren erstmals direkt an die BKM gestellt werden.

Das Programm mit einem Gesamtfördervolumen von 17 Millionen EUR bis 2022 ist so auch für die schleswig-holsteinischen Gedenkstätten eine große Chance, neue dauerhafte Formate und Vernetzungen in der Bildungsarbeit zu entwickeln und so bisher nicht oder kaum erreichte Zielgruppen zu erreichen.

Im ersten Durchlauf [bewilligte die BKM Projektanträge](#) aus 29 großen, mittleren und kleineren Gedenkstätten aus der ganzen Bundesrepublik. Aus Schleswig-Holstein erhielten zunächst die Anträge aus Ahrensböök und Ladelund „grünes Licht“ vom Bund; der Projektantrag der KZ-Gedenkstätte Kaltenkirchen wurde zunächst abgelehnt, durfte aber Ende November in überarbeiteter Form nochmals eingereicht werden, eine Entscheidung steht noch aus.

Die Gedenkstätte Ahrensböök hat von der Bundesregierung rund 200.000 EUR bewilligt bekommen, und zwar für ihr Projekt „Was geht uns das an? Vernetzung und Kooperation in der Region zur Vermittlung der NS-Zeit für junge Menschen“. Es umfasst zwei historisch-politische Bildungsformate für junge Menschen zu Themen der NS-Zeit: zum einen das internationale Sommerlager ‚Crossing borders‘, zum anderen die Entwicklung einer Webseite mit dem Titel ‚Auf den Spuren des Todesmarsches‘. Ziele der damit einhergehenden Bildungsangebote sind die gezielte Ansprache junger Menschen, die Sensibilisierung für die Gefahren von Rechtsextremismus sowie die Stärkung des kritisch-reflexiven Geschichtsbewusstseins, aber auch die stärkere Bindung junger Menschen an die Arbeit der Gedenkstätte Ahrensböök und die Erhöhung des Bekanntheitsgrads der Gedenkstätte sowie ihrer Wirkungsmöglichkeiten in der historisch-politischen Bildungsarbeit, nicht zuletzt auch

die Intensivierung und der Aufbau regionaler und internationaler Vernetzungen.

Das zweite von der BKM für Schleswig-Holstein bewilligte Projekt trägt den Titel „Mehr als Vergangenheit. Zeitgemäße Vermittlungsarbeit für Multiplikator\*innen an den nordfriesischen KZ-Gedenkstätten“. Antragstellerin ist die KZ-Gedenk- und Begegnungsstätte Ladelund zusammen mit den „Tandempartnern“ der KZ-Gedenkstätte Husum-Schwesing und der Nordsee-Akademie in Leck. Mit den etwa 300.000 EUR vom Bund bewilligten Projektmitteln soll die Weiterbildung für eine auch gegenwartsbezogene historisch-politische Bildungsarbeit gefördert werden.

Konkret geht es um die Ausarbeitung eines Programms, um Multiplikator\*innen die Möglichkeit zu eröffnen, Gedenkstättenarbeit innovativ zu denken und von einer breiten und theoretisch fundierten Basis aus historisch-politische Bildungskonzepte für die Arbeit an Gedenkstätten zu entwickeln, die auch Bezüge zur Gegenwart herstellt. Deshalb liegt ein besonderer Schwerpunkt des Projekts auf der Miteinbeziehung aktueller gesellschaftspolitischer Entwicklungen. Es zielt besonders auf Lehrkräfte, Studierende, Akteure der politisch-historischen Bildung auch außerhalb von Schulen, Jugendleiter\*innen, Vikar\*innen, Teilnehmer\*innen aus dem Predigerseminar oder dem Pastoralkolleg Ratzeburg und andere, die sich für eine gegenwartsbezogene historisch-politische Gedenkstättenarbeit interessieren. Im Dezember haben die Projektträger im Rahmen einer öffentlichen Ausschreibung bereits eine Projektleiterin gewinnen können, sodass die Arbeit 2020 zügig beginnen kann. (H.S.) ◀

## „Jugendpreis gegen Vergessen und für Demokratie“ ausgelobt

Die Landesarbeitsgemeinschaft Schleswig-Holstein von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. hat einen landesweiten Wettbewerb ins Leben gerufen, mit dem das Engagement junger Menschen für Erinnerung und Demokratie gewürdigt wird. Um den „Jugendpreis gegen Vergessen und für Demokratie“ können sich Schulklassen, Jugendgruppen oder Jugendvereinigungen bewerben. Er wird vergeben für abgeschlossene oder in Planung befindliche Projekte und Aktivitäten unterschiedlicher Formate:

- die Erinnerung an die Geschichte und die Opfer der NS-Diktatur,
- die Bewahrung der Demokratie in der Gegenwart,
- die Auseinandersetzung mit Feindbildern, Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und anderen Formen von politischem Extremismus.

Die Teilnehmer/innen der Ausschreibung können sich bewerben mit schriftlichen Beiträgen, unterschiedlichen Aktivitäten, herausragenden schulischen Angeboten im Unterricht, Webseiten, Ausstellungen oder Netzwerken. Frist für die Abgabe der Vorschläge ist der 1. Februar 2020. Dotiert ist der Jugendpreis mit jährlich 1.000 EUR oder zweimal 500 EUR. Das Preisgeld hat die Sparkasse Mittelholstein gestiftet.

Der Jury gehören folgende vier Personen an: die Kreispräsidentin des Kreises Rendsburg-Eckernförde Dr. Juliane Rumpf, der Landesbeauftragte für politische Bildung Dr. Christian Meyer-Heidemann, der Sprecher der Landesarbeitsgemeinschaft Schleswig-Holstein Günter Neugebauer, und der Vorsitzende des Vorstands der Sparkasse Mittelholstein Dr. Sören Abendroth.

Wettbewerbsbeiträge bitte einsenden an: Günter Neugebauer, Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V., Landesarbeitsgemeinschaft Schleswig-Holstein, Friedrich-von-Flotow-Str. 3, 24768 Rendsburg, <https://www.gegen-vergessen.de/index.php?id=308>. (H.S.) ◀

## **„Spuren des Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein“ Vernetzungstreffen für den Aufbau einer digitalen Plattform**

*Hauke Petersen*

Am 23. Oktober 2019 kamen etwa 35 Vertreterinnen und Vertreter von Gedenkstätten, Erinnerungsorten, Initiativen und Vereinen ins Landeshaus Kiel, um gemeinsam die Möglichkeiten, Chancen und Grenzen einer digitalen Plattform, die die Spuren des Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein zusammenführen soll, zu erörtern. Zu dem Treffen hatten die Landesarbeitsgemeinschaft Schleswig-Holstein von „Gegen Vergessen – Für Demokratie“, die Landesarbeitsgemeinschaft Gedenkstätten und Erinnerungsorte in Schleswig-Holstein (LAGSH) und der Landesbeauftragte für politische Bildung eingeladen.

Dr. Christian Meyer-Heidemann (Landesbeauftragter für politische Bildung) begrüßte die Teilnehmerinnen und Teilnehmer und schilderte die Idee für dieses erste Vernetzungstreffen. Ziel sei es, eine digitale Plattform für Schleswig-Holstein zu entwickeln, in der Spuren des Nationalsozialismus – unter anderem Gedenkstätten, Erinnerungsorte, Mahnmale, Gedenktafeln, Geschichtskreise, Initiativen, ... – für alle Bürgerinnen und Bürger sichtbar gemacht werden. Durch eine mobile Website soll eine topografische Darstellung und eine GPS-gestützte Umkreissuche ermöglicht werden.

Uwe Jäckel (Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.) berichtete, dass die Initiative für diese Plattform auf die Landesarbeitsgemeinschaft Schleswig-Holstein von Gegen Vergessen – Für Demokratie zurückgeht und es vor allem darum geht, kleinere lokale Spuren und Aufarbeitungen des Nationalsozialismus einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

Dr. Harald Schmid (Bürgerstiftung Schleswig-Holsteinische Gedenkstätten, LAGSH, FORUM der Landesarbeitsgemeinschaften, Erinne-

rungsorte und -initiativen in Deutschland) stellte daraufhin exemplarisch verschiedene Ansätze vor, wie Gedenkstätten, Erinnerungsorte und Initiativen online einem breiteren Publikum präsentiert werden könnten.

Nachdem die anwesenden Vertreterinnen und Vertreter Ihre Wünsche, Erwartungen und auch Vorbehalte aufgezeigt hatten, stellte Dr. Christian Meyer-Heidemann fest, dass es ein grundsätzliches Interesse an der Entwicklung des Projekts „Spuren des Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein“ gibt und dass es jetzt darum geht, konkreter die Formen und Inhalte zu definieren. Meyer-Heidemann konkretisierte, dass dieses Projekt nicht ehrenamtlich zu leisten ist und es das Ziel sein muss, ab 2021 eine hauptamtliche Betreuung einzurichten.

Ein erster Schritt könnte sein, zunächst einen technischen Rahmen zu schaffen und nach und nach diesen mit Inhalten zu füllen. Dabei sollen die bestehenden Initiativen, Gedenkorte und so weiter weder vereinheitlicht noch in ein festes Korsett gezwungen werden.

Meyer-Heidemann äußerte die Hoffnung, dass zu einer größeren Veranstaltung zum Projekt (etwa Juni 2020) noch mehr Initiativen zusammenkommen und ein deutliches Zeichen für den Aufbau des Projekts „Spuren des Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein“ setzen. Ein weiteres Vernetzungstreffen ist für das Frühjahr 2020 angedacht.

Vereine, Initiativen und auch Einzelpersonen, die sich in den weiteren Prozess einbringen möchten, sind herzlich dazu eingeladen. Ansprechpartner beim Landesbeauftragten für politische Bildung ist Dr. Hauke Petersen ([hauke.petersen@landtag.ltsh.de](mailto:hauke.petersen@landtag.ltsh.de)).

*Dr. Hauke Petersen ist Stellvertreter des Landesbeauftragten für politische Bildung und Mitglied im Beirat der LAGSH. ◀*

## Perspektiven des „Cap-Arcona“-Gedenkens

Seit einigen Jahren arbeiten unterschiedliche Akteure daran, den Stellenwert der öffentlichen Erinnerung an die „Cap-Arcona-Katastrophe“ – das Kürzel für eine komplexe Geschichte rund um den 3. Mai 1945 – zu verstärken. Hier seien nur wenige Stichworte genannt: die Regionalkonferenz der Landesarbeitsgemeinschaft Gedenkstätten und Erinnerungsorte in Schleswig-Holstein (LAGSH) im November 2015 in Neustadt/Holstein, die Workshops der Bürgerstiftung Schleswig-Holsteinische Gedenkstätten (BGSH) gemeinsam mit Akteuren aus Mecklenburg-Vorpommern in den Jahren 2016 und 2017, die parallele Einsetzung eines Projektbeirats durch die Stadt Neustadt mit Blick auf eine Neugestaltung der Dauerausstellung im dortigen Museum Cap Arcona.



Internationale Forschungstagung in Neustadt

Inzwischen gibt es weitere Impulse, um diesem Ziel näherzukommen. So fand am 20. September 2019 eine [Forschungstagung](#) der BGSH in Kooperation mit der Stadt Neustadt zum Thema „3. Mai 1945 – die „Cap-Arcona-Katastrophe“ Beiträge zu Geschichte und Erinnerung“ statt. Organisiert und geleitet von Dr. Harald Schmid, versammelte die Konferenz in Neustadt Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus vier europäischen Ländern, die zum Stand der Forschung referierten. In drei Sektionen („Das militärische Geschehen“, „Todesmärsche und -transporte“, „Erinnern an die Katastrophe“) wurden unterschiedliche Aspekte beleuchtet und mit den über 40 Teilnehmerinnen und Teilnehmern

diskutiert. Diese Klärung des Forschungsstandes ist nicht zuletzt für einen möglichen Projektantrag bei der Bundesregierung für eine neue Dauerausstellung in Neustadt bedeutsam. Ein Tagungsbericht wird voraussichtlich Mitte 2020 in der Zeitschrift „[Zeitgeschichte regional](#)“ erscheinen.

Von einer anderen Seite wurde die Auseinandersetzung mit dem Thema am 27. November 2019 vorangebracht. Pastorin Almuth Jürgensen, die Beauftragte für Gedenkstätten im Kirchenkreis Ostholstein, und Dr. Ingaburgh Klatt und Luisa Taschner, erstere Leiterin, letztere Gedenkstättenpädagogin der Gedenkstätte Ahrensböök, hatten erstmals zu einem Vernetzungstreffen aller schleswig-holsteinischen Initiativen und Aktiven zur Cap-Arcona-Thematik eingeladen. Nach einem Ortstermin am Ehrenfriedhof Haffkrug, mit 1.128 Opfern die größte Begräbnisstätte von Opfern der „Cap Arcona“ und der „Thielbek“, erörterten die knapp 30 Personen, die der Einladung gefolgt waren, in Sierksdorf aktuelle Perspektiven des lokalen und regionalen Erinnerns. Im Mittelpunkt der Veranstaltung, zu der unter anderem Gert Haack, Referatsleiter im Kulturministerium, ein Grußwort sprach, stand ein ausführlicher Überblick über die schleswig-holsteinischen Erinnerungsorte zum „Cap-Arcona“-Komplex. Ein Ergebnis des Treffens: Der Austausch soll künftig verstetigt werden, sodass für 2020 eine Fortsetzung geplant ist.



„Cap-Arcona“-Vernetzungstreffen in Sierksdorf  
Fotos: Dr. Harald Schmid

Ein wichtiger politischer Schritt ist darüber hinaus die Gedenkveranstaltung, die für den Nachmittag des 8. Mai 2020 im Schleswig-Holsteinischen Landtag vorbereitet wird. Ausgehend von einer Initiative von Marlies Fritzen (MdL Bündnis 90/Die Grünen), ergab sich in einem Planungsgespräch unter anderem von Landtagspräsidium, Kulturministerium, BGSH, LAGSH, Landesbeauftragtem für politische Bildung und KZ-Gedenkstätte Neuengamme der Konsens, den anstehenden 75. Jahrestag sowohl der „Cap-Arcona-Katastrophe“ am 3. Mai als auch der bedingungslosen Kapitulation, des Kriegsendes und der Befreiung am 8. Mai 1945 mit einer politischen Veranstaltung im Landtag zu begehen. Geplant sind eine kleine begleitende Ausstellung, Beiträge von Schüler/innen sowie eine Gedenkrede des Historikers Prof. Dr. William Niven (Nottingham Trent University). (H.S.) [◀](#)

## **Der Arbeitskreis „Lübeck im 20. Jahrhundert“ Forschen und Vermitteln im Verbund**

*Jan Lokers*

Die politische, wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung Lübecks im 20. Jahrhundert ist in vielem unerforscht oder deren Darstellung auf veraltetem Forschungsstand. Für das Verständnis heutiger Strukturen, Zustände und Mentalitäten ist diese Epoche der jüngeren Stadtgeschichte jedoch grundlegend.

Um dieses Verständnis zu gewinnen und den deutlichen Rückstand der Forschung aufzuholen, sind erhebliche Forschungsanstrengungen nötig, die angesichts der Fülle an zeitgeschichtlichen Themen nur in einem interdisziplinären Verbund von Forschern und Forscherinnen Erfolg haben können.

Im April 2017 hat sich auf Initiative des Archivs der Hansestadt Lübeck unter dem Dach des Zentrums für Kulturwissenschaftliche Forschung Lübeck der Arbeitskreis „Lübeck im

20. Jahrhundert“ gegründet, der den programmatischen Untertitel „Forschen und Vermitteln im Verbund“ trägt. Das Ziel dieses Arbeitskreises ist es, die Geschichte Lübecks im 20. Jahrhundert in vergleichender Perspektive zu einem fest verankerten Wissenschaftsfeld in Lübeck zu machen. Es gibt in Lübeck ein hohes Interesse an der jüngeren Geschichte der Stadt. Vorträge zu Themen dieser Zeit ziehen viele Bürgerinnen und Bürger an, auch die, die sonst mit Geschichte nicht viel „am Hut haben“.

In Schleswig-Holstein und Hamburg gibt es seit Jahrzehnten nachhaltige Anstrengungen, die Zeitgeschichte im Land oder in der Stadt voranzutreiben; für unser Bundesland sind zum Beispiel die Forschungsstelle für regionale Zeitgeschichte und Public History (frzph) in Schleswig oder der Arbeitskreis zur Erforschung des Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein e.V. (AKENS) zu nennen. Die jüngere Geschichte Lübecks ist im Vergleich hierzu deutlich untererforscht – trotz einer sehr guten Quellenlage und trotz der Tatsache, dass in der Hansestadt seit den 1980er-Jahren von verschiedenen Interessierten Erhebliches zur Erforschung zeitgeschichtlicher Fragestellungen geleistet wurde (unter anderem durch die Initiative „Stolpersteine“, die Geschichtswerkstatt Herrenwyk, das bis Ende 2011 bestehende Kulturforum Burgkloster mit seinen zeitgeschichtlichen Ausstellungen).

Der noch relativ junge Arbeitskreis ist prinzipiell offen für alle, die an zeitgeschichtlichen Themen interessiert sind und aktiv an den Gesprächen teilnehmen möchten. Sprecher des Arbeitskreises sind Dr. Jan Lokers, Direktor des Archivs der Hansestadt Lübeck, und Dr. Bettina Greiner, Leiterin des Willy-Brandt-Hauses Lübeck. An den sechs bisherigen Sitzungen haben Historiker (alle folgenden Bezeichnungen sind genderneutral gebraucht und umfassen immer alle Geschlechteridentitäten) und Kunsthistoriker, Kultur- und Literaturwissenschaftler, Musikwissenschaftler, Laienforscher, Lehrer und Studierende sowie historisch Interessierte aus vielen gesellschaftli-

chen Bereichen teilgenommen. Die Resonanz auf diese Initiative war und ist sehr ermutigend; zu den Sitzungen kamen bisher jeweils zwischen 30 und 60 Personen aus Lübeck, Schleswig-Holstein, Bremen und Hamburg und hörten Impulsvorträge, diskutierten in Arbeitsgruppen oder im Plenum.

Die Sitzungen, die auch Netzwerkcharakter haben, finden zweimal jährlich statt (in der Regel immer im Mai und November). Jede der Sitzungen steht unter einem Generalthema, das entweder in einer der Sitzungen von den Teilnehmern oder von der vorbereitenden Arbeitsgruppe (neben den beiden Arbeitskreissprechern Prof. Dr. Hans Wißkirchen, Leiter der Direktor der Lübecker Museen, und Prof. Dr. Cornelius Borck, Direktor des Instituts für Medizingeschichte und Wissenschaftsforschung der Universität zu Lübeck) festgelegt wird. Die Arbeitsformen wechseln zwischen Vorträgen und Impulsreferaten, Plenumsdiskussionen und Diskussionen in kleineren Arbeitsgruppen. Als fester Tagungspunkt hat sich die Sektion „Junge Zeitgeschichtsforschung“ etabliert.

Im Fokus des Arbeitskreises steht zwar die Hansestadt Lübeck im 20. Jahrhundert, aber der vergleichende Blick über den Tellerrand stand von Beginn an ausdrücklich als methodischer Zugang fest. Etwas anderes wäre auch gar nicht legitimierbar, will man sich nicht dem Vorwurf der Nabelschau aussetzen. Dies erscheint umso wichtiger, als der Eindruck besteht, als habe sich die zeitgeschichtliche Forschung im Land Schleswig-Holstein bisher der Lübecker Historie nicht mit dem Nachdruck angenommen, wie es wünschenswert gewesen wäre. Lübeck ist, resultierend aus der Sonderrolle der Stadt bis 1937 als Stadtstaat in Schleswig-Holstein, forschungspolitisch immer noch so etwas wie ein Sonderfall, die Forschung im Land scheint partiell mit der Lübecker Geschichtslandschaft zu fremdeln – Ausnahmen bestätigen die Regel.

### *Themen der bisherigen Sitzungen*

Auf der Gründungssitzung im Mai 2017 ging es um Grundsatzfragen der Methoden, Inhalte und Ziele des Arbeitskreises (AK). Gesprochen wurde unter anderem über folgende Fragen: Was will, was kann der AK leisten? Welche Relevanz hat der methodische Zugang Zeitgeschichte auf lokaler Ebene? Welche Arbeitsformen gibt sich der AK? Welche Forschungsdesiderate gibt es für Lübeck (auch im Vergleich zu anderen Städten)? Wo steht die Zeitgeschichtsforschung in Lübeck? In welcher Weise richtet sich der AK mit seinen Inhalten und Ergebnissen nach außen, welche Vermittlungsformen strebt er an?

Die Diskussion im Plenum ergab Übereinstimmung darüber, dass die Lokalgeschichte ein relevanter Zugang zur Zeitgeschichte ist und die „große“ Zeitgeschichte befruchten kann. Es bestand auch darin Konsens, dass Stadtforschung nicht exklusiv einer einzelnen Fachdisziplin gehört. Stadtforschung ist auch in Lübeck interdisziplinär.

Hauptreferenz der Zeitgeschichte und des AK ist die Kulturgeschichte; die Zeitgeschichte wird zudem verstanden als ein Sprechen von der Problemgeschichte der Gegenwart (beim Jetzt anfangen). Zu seinem inhaltlichen Programm wurde festgehalten, dass der AK sich als Plattform und Ort des Austausches über vielfältige Themen der jüngeren Geschichte („Blumenstrauß an Themen“) versteht. Ein Akteur in der Zeitgeschichte ist er durch gelegentliche Vorträge und andere öffentliche Veranstaltungen. Der AK ist zudem Ort für die Präsentation von neueren Arbeiten zur lokalen und regionalen Zeitgeschichtsforschung („Junge Zeitgeschichtsforschung“).

Bei seinem Arbeitsplan geht es dem AK zunächst vorrangig um das Vermehren des Wissens über das 20. Jahrhundert in Lübeck. Der Arbeitskreis betrachtet es zudem als eines seiner wichtigsten Ziele, ein Forschungstableau für die nächste Zeit zu entwerfen und damit zum Beispiel auch jüngeren Forschern Anreize für eine Beschäftigung mit Lübecks Geschichte in den letzten 100 Jahren zu ge-



ben. Erinnerungspolitisch wurde festgehalten, dass der AK auch Bestrebungen für einen Ort der Zeitgeschichte in der Hansestadt unterstützen sollte. Nachdem das Kulturforum Burgkloster, das als Akteur der Zeitgeschichte bis dahin aufgetreten war, in das Europäische Hansemuseum integriert worden ist, fehlt es an einem solchen Platz der Auseinandersetzung mit der jüngeren Stadtgeschichte.

Hauptreferenz der gegenwärtigen Zeitgeschichte ist die Kulturgeschichte, in diesem Fall am Beispiel der Hansestadt. Wie „tickte“ Lübeck in der Zeit vom Ersten Weltkrieg bis zum Fall der Mauer 1989, welche „Eigenlogik“ hat die Stadt? Wo liegen die Wurzeln für heutige Mentalitäten, Entscheidungsabläufe und Strukturen? Gesellschaftliche Entwicklungen zeigen sich vielfach und am deutlichsten in den Städten, sagt die jüngere Zeitgeschichtsforschung. Die Stadt ist kein kollektiver, aber trotzdem ein wirkmächtiger Akteur – wo hat Lübeck in dieser Perspektive seinen Platz?

Die zweite Sitzung im November 2017 hatte den Themenschwerpunkt „Biografien, Biografieforschung, Netzwerke“. Die Fragestellungen und Methoden der Biografie- und Netzwerkforschung standen einleitend im Vordergrund sowie ein Referat mit der Überschrift „Lübeck im Netz der völkisch-niederdeutschen Bildungsbürger 1918–1933“. Es folgten Einzelreferate zu Biografien von Lübecker Musikern und Pastoren. Ein Beitrag behandelte die Milieus in Lübeck während der Weimarer Republik und stellte erste Ergebnisse einer Kieler Dissertation vor.

Die Diskussion ergab, dass sich Biografien sehr gut als Sonde eignen, um Zeitumstände, Denkmuster und Herrschafts- oder Netzwerkstrukturen zu erforschen. Es fehlen aber noch viele Biografien, ebenso auch eine Geschichte der einzelnen Museen. Forschungen zum Lübecker Intellektuellennetzwerk, das sich in den 1920er-Jahren ausbildete, wurden gleichfalls vermisst. Ein erster Einblick in die Strukturen und Protagonisten der völkisch-niederdeutschen „Szene“ führte zu einer kontroversen Debatte um die Erkenntnisziele sol-

cher Forschung und um die Anwendung von schematischen Opfer-Täter-Kategorien. Der Publizist, Schriftleiter und Pädagoge Paul Brockhaus (1879–1965), die zentrale Figur in der Kulturszene der Hansestadt von der Weimarer Republik bis zum Ende der NS-Zeit, ist eine der schillernden Figuren und ein gutes Beispiel für Aufgaben, Ziele und Probleme der zeitgeschichtlichen biografischen Forschung.

Die beiden Sprecher des Arbeitskreises, Jan Lokers und Bettina Greiner, nahmen zur Selbstvergewisserung des AK eine Standortbestimmung in der Kontroverse um die lokale Biografieforschung vor („Vermessung“): Was will der Arbeitskreis sein, was will er leisten? Sie hielten fest, dass es nicht um plumpe Moralisierung bei der Erforschung und Bewertung von Biografien geht, sondern um das Ausloten von Handlungsspielräumen, Handlungsalternativen, Ambivalenzen, Grenzen des Handelns. Was waren die Rahmenbedingungen für künstlerisches und literarisches Schaffen?

Kritik gab es nach den ersten beiden Sitzungen an der Größe des AK: Aufgrund des großen Interessentenkreises war der lebendige Austausch in der großen Gruppe etwas gehemmt. Daher wurden ab dem dritten Treffen Arbeitsgruppenphasen als Bestandteil des Tagungsprogramms eingerichtet.

Im Mai 2018 fand die 3. Arbeitssitzung des Arbeitskreises im Vortragsaal des Museums für Natur und Umwelt in Lübeck statt. Zur Sitzung unter dem Generalthema „Erinnerungskultur in Lübeck und Schleswig-Holstein“ waren auch wieder viele Interessierte von außerhalb (Hamburg, Bremen, übriges Schleswig-Holstein) gekommen (circa 40 Teilnehmer). Marcus Meyer vom „Denkort Bunker Valentin in Bremen hielt ein Impulsreferat mit dem Titel „Haben Gedenkstätten ein politisches Mandat? Zur Debatte um die Rolle von Orten der Erinnerung an den Nationalsozialismus in unserer Gesellschaft.“ Die von ihm benannten Herausforderungen der derzeitigen und künftigen Erinnerungskultur (unter anderem die künftige Erinnerung nach dem Aussterben der Zeitzeugen) gaben Anregungen zum intensi-

ven Austausch im Plenum. In kleineren Diskussionsgruppen wurde danach über Gedenkstätten zu Krieg, Verfolgung und Vertreibung, über das „Jubiläum“ 50 Jahre „1968er-Bewegung“ sowie über Inhalte und der Verlauf der Straßennamendiskussion in Lübeck gesprochen.

Die vierte Sitzung im November 2018 kreiste um das Generalthema „Kunst, Kultur, Museen, Musik und Theater in Lübeck in der NS-Zeit“. Nach Impulsreferaten von Mitgliedern, die aus Ihrer Forschungsarbeit berichteten, wurde in drei Arbeitsgruppen über Lübecks Kunst und Kunstschaffende in der Weimarer und NS-Zeit gesprochen. Die Gruppen hatten dafür vorab von den Organisatoren ausgewählte Quellenbeispiele an die Hand bekommen und diskutierten diese. Die konkrete Auseinandersetzung mit dem Quellenmaterial erwies sich als sehr fruchtbar, die Teilnehmer diskutierten über mögliche Fragestellungen, Erkenntnisinteressen und Interpretationsfragen.

Das fünfte Treffen im Mai 2019 behandelte „Lübeck als Stadt an der Grenze während des Kalten Krieges“. Hierzu waren Gäste aus den Grenz Museen in Lübeck-Schlutup und Schlagsdorf eingeladen, die über ihre Konzepte sprachen. Studenten und Dozenten der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel (CAU) und der Syddansk Universitet in Odense referierten über ein Projekt an der CAU über Akten des Ministeriums für Staatssicherheit zu Grenzübergangsstellen der DDR. Zufällig ergab sich vor dieser Sitzung, dass in der Hansestadt Lübeck die in der Nachkriegszeit an neuralgischen Punkten der Altstadtinsel eingebauten Panzersperren unter Denkmalschutz gestellt wurden.

„Zeitgeschichte als Vermittlungsaufgabe“, lautete nun der Schwerpunkt der jüngsten und sechsten Tagung am 21. November 2019. Nach Vorträgen von Karen Bruhn (CAU) über „Von der Theorie in die Praxis: Zur Konzeption eines Runden Tisches zur Landesgeschichte in der Schule“ und Hauke Wegner (Oberschule zum Dom, Lübeck) zur praktischen Umsetzung von Lehrplänen ging es in drei Kurzbei-

träge um Unterrichts- und Vermittlungsangeboten in verschiedenen Lübecker Einrichtungen. Schließlich erörterten die Teilnehmer in Arbeitsgruppen die Idee einen Quellenlesebuchs zur Lübecker Zeitgeschichte. Ausgehend von der Kritik, dass lokale Zeitgeschichte im Unterricht allgemein zu wenig Berücksichtigung durch die Lehrer findet, war diese Perspektive entstanden, um auf diese Weise Unterrichtsmaterialien für die Schule bereitzustellen.

Alle Sitzungen haben die Mitwirkenden und Initiatoren überzeugt, dass die Zeitgeschichte in Lübeck in dem Arbeitskreis eine Art „Heimat“ gefunden hat, dass es wieder einen Ort des lebhaften Austausches und neue Impulse für die Erinnerungskultur in Lübeck gibt. Die Zeitgeschichte in Lübeck lebt!

*Dr. Jan Lokers ist Direktor des Archivs der Hansestadt Lübeck und zusammen mit Dr. Bettina Greiner Sprecher des Arbeitskreises Lübeck im 20. Jahrhundert.* ◀

## **Generationenwechsel und Neuausrichtung**

### **Jonas Kuhn ist neuer Leiter des Jüdischen Museums**

Die *Jüdische Allgemeine* sprach von einer „steilen Karriere“, und in der Tat: Wann steigt schon einmal ein Museumsvolontär nach Abschluss seiner Ausbildung fast nahtlos in die Leitung des Hauses auf? Der *Evangelische Pressedienst* (epd) schrieb gar: „Diese Personalie wird das Jüdische Museum in Rendsburg verändern“. Die Erwartungen an den 35-jährigen Historiker und Medienpädagogen Jonas Kuhn sind also nicht gering. Seit April 2019 ist er neuer Leiter des Jüdischen Museums in Rendsburg. Er übernimmt den Stab von Dr. Carsten Fleischhauer, der – seinerseits Nachfolger von Dr. Christian Walda – von 2015 bis 2019 amtierte und zurück auf die Schleswiger Museumsinsel gegangen ist. Der neue Museumsleiter steht nun vor diversen Aufgaben, unter anderem dem größten Um-

bau des Hauses seit seiner Eröffnung im November 1988.

[Jonas Kuhn](#) ist schon seit einigen Jahren in der schleswig-holsteinischen Museums- und Gedenkstättenzene aktiv. Sein Master-Studium der Geschichte und Pädagogik an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel (CAU) schloss er 2016 mit einer Arbeit über das Thema „Ermittlungen eingestellt. Schleswig-holsteinische Schlussstrichpraxis in NS-Verfahren der 1960er Jahre“ ab. Just für diese Studie hat ihm die Bürgerstiftung Schleswig-Holsteinische Gedenkstätten (BGSH) im selben Jahr den Wissenschaftspreis verliehen. Bereits während seines Studiums arbeitete er in den Gedenkstätten Majdanek, Buchenwald und Ravensbrück. Dort konnte er auch Erfahrungen mit internationalen Gruppen von Jugendlichen und jungen Erwachsenen sammeln. In den Jahren 2016 bis 2018 absolvierte er dann am Jüdischen Museum Rendsburg ein wissenschaftliches Volontariat, wo er anschließend als wissenschaftlicher Mitarbeiter tätig war. Im März 2019 wurde er in den neu konstituierten Beirat der Landesarbeitsgemeinschaft Gedenkstätten und Erinnerungsorte in Schleswig-Holstein (LAGSH) gewählt, zudem ist er Mitglied im Beirat der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte.

Das Museum in der Rendsburger Prinzessinstraße ist das einzige jüdische Museum im Norden Deutschlands und eines der ersten seiner Art in Deutschland nach 1945. Als Teil des Museumsverbunds Stiftung Schleswig-Holsteinische Landesmuseen Schloss Gottorf residiert es im Gebäudeensemble der früheren Talmud-Tora-Schule und Rendsburger Synagoge – der ältesten erhaltenen Synagoge Schleswig-Holsteins. So versteht sich die Einrichtung auch als Gedenkstätte, wovon vor allem die Gedenkwand im Innenhof zeugt, die an das Schicksal der Rendsburger erinnert, die aufgrund ihrer jüdischen Herkunft vom NS-Regime stigmatisiert, verfolgt und in vielen Fällen ermordet wurden. Das Museum begreift sich als zentraler Ort für jüdische Geschichte und Kultur in Schleswig-Holstein –

und zugleich als ein Ort für interkulturellen Austausch.



Jonas Kuhn bei der Eröffnung der aktuellen Ausstellung „Haus der Ewigkeit. Jüdische Friedhöfe“.  
Foto: Jüdisches Museum

Im Herbst letzten Jahres feierte das Jüdische Museum das 30-jährige Jubiläum seiner Eröffnung – und debattierte seine künftige Rolle: „Sollen wir nur dokumentieren oder eine offensive Rolle spielen?“, formulierte damals Museumsleiter Fleischhauer die leitende Frage für die künftige Entwicklung. Der rhetorische Gegensatz scheint inzwischen aufgelöst und entschieden zu sein: Stiftungs-Direktor Prof. Dr. Claus von Carnap-Bornheim kündigte im März 2019 einen „programmatischen Umbruch“ im Jüdischen Museum an. Folgte die Einrichtung bisher primär einem kunstgeschichtlichen Konzept, so sollen ihre Angebote künftig historischer, politischer, partizipativer und aktueller werden. Kirsten Baumann, Direktorin des Landesmuseums für Kunst und Kulturgeschichte Schloss Gottorf, spricht von einem „Paradigmenwechsel“ und einem „politischen Auftrag“. Gegenüber den *Kieler Nachrichten* sagte sie: „Wir müssen die Demokratie stärken und zur politischen Bildung beitragen.“

Man darf also gespannt sein – das Jüdische Museum mit derzeit circa 6.200 Besucherinnen und Besuchern (2018) ist auf dem Weg zu einem gegenwartsnahen offenen Diskursort. Die Position des neuen Leiters hierzu ist unmissverständlich: „Das Museum ist immer auch ein Akteur vergangener und gegenwärtiger Erinnerungskultur“, so Kuhn. „Die gezeigten Ausstellungen sind daher eng mit erinnerungs- und geschichtspolitischen Fragen verbunden. Gleichzeitig stellen Besucher/innen von selbst Bezüge zu aktuellen politischen und gesellschaftlichen Themen her. Es gilt, neben dem Gegenwartsbezug, auch in allen Bereichen die Gegenwartsrelevanz deutlich herauszuarbeiten und einen Aktualitätsrahmen zu schaffen.“

Was das bedeuten kann, lässt sich bereits an den jüngsten Ausstellungen und den Begleitprogrammen erkennen, die das Museum präsentiert: Bis Ende April war die Wanderausstellung „Angezettelt Antisemitische und rassistische Aufkleber von 1880 bis heute“ zu sehen. Danach gastierte bis Ende August die von der KZ-Gedenkstätte Neuengamme ausgeliehene Ausstellung „Die Hamburger Curiohaus-Prozesse. NS-Kriegsverbrechen vor britischen Militärgerichten“. Seit dem 8. November und noch bis Februar 2020 wird die Fotoschau „Haus der Ewigkeit. Jüdische Friedhöfe“ gezeigt.

Teil des Umbruchs in der Rendsburger Prinzessinstraße 7–8 ist eine Modernisierung des Hauses. Das Museum soll mit einer neuen, auch in Zusammenarbeit mit Schüler/innen entwickelten Dauerausstellung durch ein zeitgemäßes Licht- und Farbkonzept sowie digitale Angebote auch für junge Menschen attraktiver werden. Vor allem Schülerinnen und Schüler definiert Kuhn als „neue Hauptzielgruppe“. Im Fokus der Ausstellung werden die Geschichte des Zusammenlebens von Juden und Nichtjuden sowie Migration und Antisemitismus stehen, aber auch die Geschichte des NS-Völkermords und die Erinnerungskultur in Schleswig-Holstein nach 1945.



Das Leitbild der vorbereiteten neuen Ausstellung: Mitglieder des Zentralkomitees der befreiten Juden der britischen Zone in Bergen-Belsen 1947.

*Foto: Yad Vashem*

Der Umbau des Hauses soll Mitte 2022 fertig sein. Hierfür hat Jonas Kuhn etwa 260.000 Euro zur Verfügung, die die Hermann-Reemtsma-Stiftung und die ZEIT-Stiftung Ebelin und Gerd Bucerius (beide Hamburg) sowie die Friede-Springer-Stiftung (Berlin) bewilligt haben. Mit diesen Mitteln soll auch die bisherige Schwachstelle des Museums, die wissenschaftliche Forschung, gestärkt werden, und zwar für die Realisierung des Projekts „Juden in Schleswig-Holstein 1945–1968“. Kuhn ist auch Projektleiter dieser ab Ende Februar 2020 zu sehenden Ausstellung „Gerettet, aber nicht befreit. Überlebende der Shoah in Schleswig-Holstein“.

Die Ausstellung soll erstmals einen Gesamtüberblick über die Lebensbedingungen der vom Nationalsozialismus Verfolgten nach dem Zweiten Weltkrieg in Schleswig-Holstein bieten. Die Recherchen hierfür waren eine mühsame „Detektivarbeit“, wie Kuhn erzählt: „Die besondere Herausforderung an dem Thema war seine Komplexität. Die Nachkriegsjahre waren sehr verworren, insbesondere, was Zuständigkeiten angeht. Das bildete sich auch in den Quellen ab. Da einen Überblick zu bekommen und die Geschehnisse so darzustellen, dass sie in eine Ausstellung passen, das war nicht leicht“, so der Historiker. „In diesem Zusammenhang bin ich besonders dankbar für die vielen persönlichen Kontakte, die ich im Rahmen der Forschungen zu dieser Ausstellung hatte. Besonders bewegend waren die langen Emails eines Überlebenden aus Süd-

amerika, der sehr bemüht war, das Projekt zu unterstützen. Aber auch der Besuch einer Angehörigen hier im Museum war ein sehr schönes Erlebnis. Sie hat sehr viel von ihrer Tante und ihrem Onkel erzählt und es war herrlich, wie diesen Menschen dadurch nochmal ein Stück Leben eingehaucht wurde." (H.S.) [▶](#)

## BERICHTE UND INFORMATIONEN

## Neue Generationen, neue Herausforderungen – neues Erinnern? Eine Diskussion über den Umgang mit dem Nationalsozialismus heute

Unter diesem Titel luden das Gymnasium Kaltenkirchen und die Bürgerstiftung Schleswig-Holsteinische Gedenkstätten (BGSH) am 5. September 2019 zu einer Vortrags- und Diskussionsveranstaltung ein. Das Interesse war groß, etwa 150 Schülerinnen und Schüler, Lehrerinnen und Lehrer und andere Interessierte waren in die Mensa des Gymnasiums gekommen.

Nach einer Begrüßung durch Reinhard Redemund, Leiter des Gymnasiums Kaltenkirchen, und Prof. Dr. Dr. h.c. Gerhard Fouquet, Vorsitzender des Vorstands der BGSH, sprach Susanne Bieler-Seelhoff, Leiterin der Kulturabteilung im Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur des Landes Schleswig-Holstein, ein Grußwort.



Der Historiker Prof. Dr. Sebastian Barsch referiert in der vollbesetzten Mensa des Gymnasiums Kaltenkirchen. - Fotos: Dr. Harald Schmid

Das Thema „Wem gehört die Erinnerung? Historisches Lernen in Zeiten des Rechtsrucks“ stand dann im Fokus des einleitenden Vortrags des Kieler Historikers Prof. Dr. Sebastian Barsch vom Historischen Seminar der Christi-

an-Albrechts-Universität zu Kiel. Er setzte sich mit der Frage auseinander, was es für das historische Lernen in Schulen und Gedenkstätten bedeutet, wenn Teile der Bevölkerung in ihren politischen Haltungen nach rechts rücken und sich so auch Geschichtsbilder ändern.



Da die Veranstaltung auch darauf zielte, im Sinne von Best Practice innovative wegweisende Projekte vorzustellen, wurde es anschließend sehr konkret. Erfahrungen am [Berliner Lernort „7xjung“](#), den der Verein „Gesicht Zeigen! Für ein weltoffenes Deutschland“ 2010 gründete und seither betreibt, stellte der Leiter des Lernortes vor, der Historiker Jan Krebs. Die renommierte Einrichtung, die den Untertitel „Dein Trainingsplatz für Zusammenhalt und Respekt“ trägt, bietet ungewöhnliche Zugänge zur aktiven Auseinandersetzung mit der NS-Zeit sowie Identität, Ausgrenzung und Zivilcourage heute. Vor allem intensive Workshops, die möglichst viele Sinne ansprechen und dem Bewusstsein und der Motivation für couragiertes Handeln Raum geben sollen. Hier, so der Anspruch, entstehen neue Perspektiven auf die Geschichte, die Gegenwart und die persönlichen Möglichkeiten, die Gesellschaft mitzugestalten – auch in der eigenen Schule und Klasse. „Everybody can be a Change Agent!“, lautet ein charakteristisches Motto des Lernortes.



Vorstellung des „Kaltenkirchener Modells“ (oben) und Podiumsdiskussion. - Fotos: Hans-Jürgen Kütbach

Anschließend stellten Tilo Schröder und Paul Richter, Schüler des Gymnasiums Kaltenkirchen, das „[Kaltenkirchener Modell](#)“ vor, moderiert von Indre Schmalfeld, Lehrerin der Schule und Vorstandsmitglied des Trägervereins der KZ-Gedenkstätte Kaltenkirchen und der LAGSH. Das pädagogische Modell besteht vor allem im Peer Teaching, also Schüler-lehren-Schüler-Führungen.

Ein Podiumsgespräch bildete den Schlusspunkt der anregenden Veranstaltung: Unter der Überschrift „Eure Erinnerung, unsere Erinnerung – was bedeutet die NS-Zeit heute?“ moderierten Indre Schmalfeld und Dr. Harald Schmid (BGSH) eine Diskussion mit vier Schülern und Schülerinnen des Gymnasiums. (H.S.) [◀](#)

## „Lagerschreiberbuch“ des KZ Kaltenkirchen vorgestellt

*Thomas Käpernick*

Jahrzehntelang musste es als verschollen gelten, das Notizbuch des Sergiusz Jaskiewicz. Seit den 80er Jahren lag es in einem Archivschrank des „Muzeum Tradycji Niepodległościowych“ in Lodz. Sergiusz Jaskiewicz hatte es mit einem kleinen Konvolut unter anderem mit Fotos des Konzentrationslagers Neuengamme diesem Stadtmuseum übergeben. Dann räumte ein Mitarbeiter des Museums auf und schickte das Konvolut an die KZ-Gedenkstätte Neuengamme.

Am 27. September 2019 stellten es der Archivar der Hamburger Gedenkstätte, Dr. Reimer Möller, und der wissenschaftliche Mitarbeiter der KZ-Gedenkstätte Kaltenkirchen in Springhirsch, Thomas Käpernick, der Öffentlichkeit vor. Dass das „Lagerschreiberbuch“ des KZ Kaltenkirchen, eines vormaligen Außenlagers von Neuengamme, äußerlich unscheinbar ist, hat einen Grund. Denn es war ein illegales Dokument, das vor der SS verborgen bleiben musste.

Wie entstand dieses Dokument? Der polnische Häftling Sergiusz Jaskiewicz hatte bereits mehr als vier Jahre im Konzentrationslager Neuengamme überlebt und war durch seine Kontakte zu deutschen Häftlingen des dortigen Lagerwiderstandes gut vernetzt. Er hatte in Neuengamme die lebensbedrohliche Zeit in der Strafkompagnie überstanden und war nun im Außenlager Kaltenkirchen zum Lagerschreiber ernannt worden. Zum Jahreswechsel 1994/45 wurde ihm befohlen, das Bestandsbuch, das Verzeichnis der Häftlinge des KZ Kaltenkirchen, neu zu schreiben. Diesen Auftrag nutzte er, um eine heimliche Abschrift anzufertigen. Und es gelang ihm, dieses Buch zu verstecken und in den 1960er-Jahren Kopien von bescheidener Qualität an den Generalsekretär der Amicale Internationale de Neuengamme (AIN), Hans Schwarz, zu übergeben.

Da im KZ Neuengamme die Lagerregistratur im Zuge der Räumungen des Stammlagers und der Außenlager verbrannt wurde, ist das gerettete Lagerschreiberbuch für die Forschung von hohem Quellenwert. Von Neuengamme-Außenlagern ist nur eine weitere derartige Liste überliefert sowie das Zugangsbuch des Auffanglagers Wöbbelin, wohin auch Häftlinge des Konzentrationslagers im April 1945 verschleppt wurden.



54848	Graschenko	
54853	Ehertpustain	18.6.45
54857	Macek	
54886	Lewinski	
54887	Polkowski	
54888	Brjewski	13.3.45
54892	Thomas	
54896	Bach	
54900	Preik	
58135	Lenskij	
58137	Gohubow	
58140	Samsonenko	31.1.45
58141	Hoehlow	
58144	Eljin	
58146	Legkow	
58147	Gurin	
58148	Guminsij	25.2.45
58149	Schlachijow	
58150	Zogatschenko	

Präsentation des „Lagerschreiberbuchs“ durch Dr. Reimer Möller, Thomas Käpernick und Dr. Gerhard Braas (oben, v.l.). Unten: Ausschnitt aus der historischen Quelle. - Fotos: Frauke Braas

Das „Lagerschreiberbuch“ enthält 663 Namen. Leider hat Jaskiewicz nur die Nachnamen und Häftlingsnummern notiert. In einer zusätzlichen Liste hat er die Namen von 147 Toten und deren Nationalität und Todesursache verzeichnet. Mit diesem Dokument lässt sich die Häftlingsstruktur des KZ Kaltenkirchen genauer beschreiben als die anderer Außenlager.

Sergiusz Jaskiewicz suchte kurz nach seiner Rückkehr in seine Heimatstadt Lodz den Kontakt zu deutschen Mithäftlingen. Seine hervorragenden Kenntnisse der deutschen Sprache hatten ihm geholfen, im KZ Neuengamme überlebenswichtige Kontakte aufzubauen. Ab 1960 engagierte er sich beim Aufbau der AIN, wurde deren Vizepräsident, bis er Ende der 1960er-Jahre durch staatliche Eingriffe in die Leitung des polnischen Verbandes seine Funktionen verlor. Auf einer seiner seltenen Reisen anlässlich der Einweihung des zentralen Mahnmals in Neuengamme im November 1965 übergab er der Gedenkstätte Wöbbelin einen geheimen Abhörapparat. Dieser ist heute das zentrale Museumsstück für den Ausstellungsteil zu „Solidarität und Widerstand“ der KZ-Gedenkstätte Neuengamme.

Das Original des „Lagerschreiberbuches“ wird im Sammlungsarchiv der KZ-Gedenkstätte Neuengamme verbleiben. Im Zuge der anstehenden Neugestaltung der Dauerausstellung der KZ-Gedenkstätte Kaltenkirchen möchten wir ein Faksimile des Lagerschreiberbuches nutzen. Es wird an die Solidarität und die Versuche zum Widerstand im KZ Kaltenkirchen erinnern und passt damit zu einem der Leitthemen der KZ-Gedenkstätte Kaltenkirchen, nämlich der Flucht von Richard Tackx und anderen aus dem Außenlager im April 1945. Und zugleich ist das Lagerschreiberbuch ein Beweis für die Versuche von Häftlingen, ihr eigenes Schicksal und die Verbrechen der SS zu dokumentieren. Die historische Dokumentation ist eine bleibende Aufgabe der KZ-Gedenkstätte Kaltenkirchen. Schließlich begeht der Besucher oder die Besucherin in Springhirsch den „Wald des Vergessens“, der sie oder ihn mit der Geschichte des Ver-



schweigens und Verdrängens konfrontiert, die diesen Ort nach 1945 prägte. Dass das Lager-schreiberbuch nun so unerwartet zurückkam, hat die Mitarbeiter und Ehrenamtlichen der Gedenkstätte sehr gefreut.

*Thomas Käpernick ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der KZ-Gedenkstätte Kaltenkirchen in Springhirsch und zweiter Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Neuengamme. ◀*

## **Von den „Deutschen Christen“ zum „Lübecker Märtyrer“ Zum 125. Geburtstag von Karl Friedrich Stellbrink**

*Karen Meyer-Rebentisch*

Karl Friedrich Stellbrink war ein deutscher Theologe. Er gehört zu den vier „Lübecker Märtyrern“, die nach einem Urteil des Volksgerichtshofes am 10. November 1943 hingerichtet wurden. Damit ist er der einzige evangelische Pastor in Deutschland, an dem ein Todesurteil der NS-Justiz vollstreckt worden ist.

### *Kindheit und Jugend*

Karl Friedrich Stellbrink, genannt Fritz, wird am 28. Oktober 1894 in eine kleinbürgerliche protestantische Familie in Münster hinein geboren. Einige Jahre zuvor ist Reichskanzler Bismarck von Kaiser Wilhelm II. entlassen worden. Im noch recht jungen Deutschen Reich herrscht eine hoch aufgeladene nationalistische und imperiale Stimmung.

Fritz ist ein aufgewecktes Kind, künstlerisch und musikalisch begabt, hat jedoch in der Schule große Probleme. Damit doch noch etwas aus dem Jungen werde, schicken ihn die Eltern nach Berlin Spandau aufs Internat „Johannesstift“, das sich als Kadenschmiede des National-Protestantismus versteht – tägliche Exerzierübungen gehören zum Unterrichtsplan.

Von seinem Elternhaus, in dem viel Streit herrscht, löst Fritz sich nun teilweise innerlich ab. Dennoch versucht er den Erwartungen des Vaters zu entsprechen, der ihn gerne als Missionsprediger im Ausland sehen würde und bewirbt sich beim Evangelischen Oberkirchenrat Berlin im März 1912 um die Ausbildung zum Auslandsprediger. Die Pläne gehen auf, Karl Friedrich wechselt Ostern 1913 an das Diaspora-Institut in Soest.



Passbild Stellbrinks  
Fotos: Gedenkstätte Lutherkirche

### *Ausbildung zum Auslandspastor*

Doch das Seminaristenleben hat schnell ein Ende, als im August 1914 der Erste Weltkrieg beginnt. Das Institut wird geschlossen, und im Februar 1915 wird Stellbrink zum Militärdienst eingezogen. Wegen einer Erkrankung wird der junge Mann erst im September 1916 an der Westfront eingesetzt und erleidet bald darauf eine schwere Verletzung der linken Hand. Er wird als „50 Prozent kriegsversehrt“ aus dem Militärdienst nach Berlin entlassen. Dort arbeitet er für die Innere Mission und leitet einen Männer- und Jünglingsverein. Daneben hört er Vorlesungen an der Berliner Universität und

lernt für die Reifeprüfung. Im letzten Kriegsjahr und unter dem Eindruck der Novemberrevolution radikalisiert er sich erheblich – und identifiziert sich mit den republikfeindlichen rechtsnationalistischen Kräften.

Nach dem im April 1919 bestandenen Abitur kehrt er zurück an das wieder eröffnete Diaspora-Institut in Soest. Bis zur ein Jahr später erfolgenden Abschlussprüfung engagiert er sich neben seinen Studien politisch. Er tritt zahlreichen völkischen und antisemitischen Vereinigungen bei, darunter dem „Deutschbund“, dem „Verein für das Deutschtum im Ausland“, dem „Alldeutschen Verein“ und dem „Bund für Deutsche Kirche“. Dieser hat sich die völkische Erneuerung der evangelischen Kirche und ihre „Reinigung“ von jeglichem jüdischen Einfluss zum Ziel gesetzt.

1920 besteht Stellbrink seine Abschlussprüfung und wird ordiniert. Das Vikariat absolviert er im ostwestfälischen Barkhausen. Der junge Vikar ist ohne jeden Selbstzweifel und zutiefst überzeugt, dass nur seine Sicht auf die Welt die einzig richtige ist. Seine Überhöhung alles Deutschen bringt er auch damit zum Ausdruck, dass er Fremdwörter meidet, vom Jahrweiser statt Kalender spricht und die Monate mit alten germanischen Begriffen wie Hartung und Hornung bezeichnet.

#### *Nach Brasilien und zurück*

Im März 1921 übersiedelt Stellbrink in seine zukünftige Gemeinde in dem brasilianischen Bundesstaat Rio Grande do Sul. Begleitet wird er von Hildegard, seiner langjährigen Verlobten, die er zu Beginn des Monats noch rasch geheiratet hat.

Der Start ins neue Leben ist für das Ehepaar Stellbrink schwer. Sie finden sich in extrem einfachen Verhältnissen wieder, müssen selbst erst Möbel für das kleine Pfarrhaus bauen und sich mit Gartenbau und Ziegenhaltung teilweise selbst versorgen und auch in der örtlichen Schule unterrichten. 1922 stoßen die Eltern von Hildegard, Adele und Fritz Dieckmeyer, dazu und stehen dem jungen Paar unterstützend zur Seite. In Brasilien werden die Kinder

des Ehepaars Stellbrink geboren: Gerhard (1922-1974), Gisela (1924-1924), Gisela (1925-1982) und Waltraut (1928-2017).

Die Zeit in der auslandsdeutschen Gemeinde in Brasilien verfestigt Stellbrinks Weltbild in Ermangelung von Informationen von außen und Austausch mit Andersdenkenden. Auch seine Theologie entwickelt sich deutlich in die von dem Bund für Deutsche Kirche weisende Richtung. Es spricht sich herum, dass der Geistliche weiten Teilen des alten Testaments kritisch gegenübersteht und in mehr oder weniger wirren Herleitungen Jesus zu einem arischen Sohn eines römischen Legionärs konstruieren will.

Erschöpft von den schwierigen Lebensbedingungen in Brasilien beantragt der Pastor im Sommer 1928 seine Beurlaubung, nicht zuletzt auch um sich um Probleme in der Herkunftsfamilie zu kümmern. 1929 können die Stellbrinks nach Deutschland reisen, vor allem Hildegard möchte gerne dauerhaft dort bleiben. So kommt es, dass Karl Friedrich nach einigen Bewerbungen ein Pfarramt in Steinsdorf/Thüringen antritt. Im Sommer desselben Jahres nimmt die Pfarrersfamilie die beiden Söhne von Schwester Irmgard, die als psychisch Kranke in einer Heilanstalt lebt, als Pflegekinder in den dann zehn Personen umfassenden Haushalt auf.

#### *Begeisterung für die „neue Zeit“*

Stellbrink engagiert sich nun zunehmend politisch. Bei Veranstaltungen der NSDAP tritt er als Redner und Prediger auf, bei den Wahlen zum Landeskirchentag kandidiert er für die „Deutschen Christen“, die 1931 als eigene nationalsozialistische Kirchenpartei in Thüringen gegründet worden sind. Die Machtübernahme vom 30. Januar 1933 kommentiert er in seinem Gemeindeblatt euphorisch. Und wenige Tage nach den besagten letzten Reichstagswahlen vom März 1933 frohlockt der Pastor:

„Es sind ja gewaltige Zeiten, die wir jetzt durchleben. Und wenn nicht alles trägt, will sich das gute, echte, alte Deutsche Wesen wieder zum Lichte jetzt durchringen. Auf allen

Gebieten des Volkslebens geschieht eine Umwälzung, wie sie großartiger und eigenartiger gar nicht gedacht werden kann. Da dürfen wir Kristen [sic] gerade am wenigsten beiseite stehen...“

Stellbrink sieht nun die Aufgabe, sich in der neuen Zeit nicht nur ein- oder unterzuordnen, sondern aktiv an der Umsetzung teilzuhaben. Doch bereits einige Monate später kommt es zu ersten Unstimmigkeiten. Er konstatiert Verworrenheit und Disziplinmangel unter den regionalen NS-Vertretern und sieht sich insbesondere von der örtlichen HJ in seiner Funktion als Pastor verächtlich gemacht. So legt er aus Protest im April 1934 sämtliche Parteiämter nieder.

Einige Wochen zuvor ist er von der deutschchristlich geführten Lübeckischen Landeskirche angefragt worden, ob er sich vorstellen könne, für das Amt des Seniors in Lübeck zu kandidieren, welches ungefähr dem Bischofsamt entspricht. Stellbrink fühlt sich geehrt, zweifelt jedoch daran, ob er der Richtige für das Amt sei, da er kein Volltheologe ist. Doch er bewirbt sich darum, ein einfaches Pfarramt zu übernehmen, und auf diese Weise am Neubau der Lübecker Landeskirche mitzuwirken: „...besonders aber würde es mir die Erfüllung einer langgehegten Sehnsucht bedeuten, endlich einmal nicht mehr nur Erziehungs-Arbeit bisher falsch eingestellter Gemeinden zu treiben, sondern in bewußt gleichgesinntem Kreise an der Schaffung der neuen deutschen Kirche, der echten Heimat der deutschen Seele zu arbeiten.“

#### *Distanzierung, Radikalisierung und Hinrichtung*

Anfang Juni 1934 zieht Familie Stellbrink in das Pastorat der Lübecker Lutherkirche an der Moislinger Allee. Wenigen Monate später erlebt der Pastor einen Höhepunkt seines Wirkens in Lübeck. Bei einer Veranstaltung des Verbandes für das Deutschtum im Ausland (VDA), dem „Festtag der Deutschen Schule“ tritt er als Prediger in der prall gefüllten Marienkirche auf und würdigt dort das „Wunder

der Volkswerdung“ und den Kampf ums Volkstum als Gottes Wille.



Stellbrink mit seiner Frau Hildegard

Doch bei allem Engagement im nationalsozialistischen Sinne äußert Stellbrink jedoch auch öffentlich, wenn ihm etwas missfällt. Nach wiederholten kritisch-belehrenden Äußerungen betreibt die Lübecker NSDAP 1936/37 ein Parteiausschlussverfahren gegen ihn. Bereits 1936 tritt er aus dem Bund für deutsche Kirche aus. „Muß man denn, um ein echter Deutscher, oder wie man heute mit einem Fremdwort sagt ‚Nationalsozialist‘ zu sein, solchen braunen Nebel vor den Augen haben! Nein, diese kritiklose Begeisterung für alles, was das äußere (nicht innere) Vorzeichen und Etikett ‚nationalsozialistisch‘ hat, halte ich für die schlimmste Vergiftung des deutschen Geistes und der deutschen Seele.“

Seine Kinder gehen nicht mehr zur Hitlerjugend. Mit dem Beginn des Zweiten Weltkrieges verschärft sich seine kritische Haltung gegenüber den Machthabern. Dazu tragen auch der Tod des Kollegen Gerhard Meyer (1939) und seines Pflegesohns Ewald (1940) bei, die als Soldaten ihr Leben verloren haben. Stellbrinks Abkehr von der deutschkirchlichen und deutschchristlichen Orientierung führt jedoch nicht dazu, dass er sich der Bekennenden Kirche anschließt. Vielmehr bleibt er in der Evangelischen Landeskirche Lübecks isoliert.

Im Sommer 1941 lernt er zunächst den katholischen Kaplan Johannes Prassek und

später auch dessen Kollegen Hermann Lange und Eduard Müller von der katholischen Herz-Jesu-Gemeinde kennen. Die Männer sind sich einig in der Beurteilung des NS-Regimes als kirchen- und christusfeindlich. Obgleich ein überkonfessioneller Kontakt seinerzeit einem Tabu gleich kommt, verabreden sie den Austausch von Informationen und Schriften. Dazu gehören auch die Predigten des Münsteraner Bischofs Clemens August Graf von Galen, die sich gegen die NS-„Euthanasie“ wenden. Von diesem Thema fühlt sich Stellbrink in besonderer Weise betroffen, da er um das Leben seiner Schwester Irmgard fürchten musste, die in einer Anstalt für psychisch Kranke lebt.

Die vier Geistlichen versorgen einander mit systemkritischen Informationen, die sie unter anderem auch durch das verbotene Abhören ausländischer Radiosender gewinnen. Ihre ablehnende Haltung gegenüber dem Nationalsozialismus bringen sie teilweise auch öffentlich zum Ausdruck. Spitzel versorgen die Gestapo mit Informationen über die Geistlichen. Im Frühjahr 1942 wird zunächst Stellbrink, später werden auch die drei Kapläne und 18 weitere Katholiken verhaftet. Den Anlass gibt die Predigt Stellbrinks nach dem nächtlichen Luftangriff auf Lübeck in der Nacht zu Palmarum. Gott habe mit mächtiger Stimme gesprochen, soll Stellbrink gesagt haben, der daraus folgert, dass die Menschen in Lübeck sich wieder Gott zuwenden und wieder Beten lernen müssten.

Zusammen mit den katholischen Kaplänen wird Stellbrink zunächst in Lübeck und später im Hamburger Gefängnis am Holstenglacis inhaftiert. Die Männer werden wegen „landesverräterischer Feindbegünstigung“, „Wehrkraftzersetzung“ sowie wegen „Verstoß gegen das Rundfunkgesetz“ und „Vergehen gegen das Heimtückegesetz“ angeklagt. Der Volksgerichtshof reist für den Prozess gegen die Geistlichen eigens nach Lübeck und verurteilt die Männer am 23. Juni 1943 zum Tode. Das Urteil wird am 10. November in der Untersu-

chungshaftanstalt Hamburg am Holstenglacis vollstreckt.

### *Rezeption*

In der Lübecker Landeskirche bleibt die Beurteilung Stellbrinks auch nach 1945 ambivalent - Gründe dafür sind sowohl seine erheblichen theologischen Abweichungen wie auch seine ursprünglich positive Haltung zum Nationalsozialismus. In der Lübecker Pastorenschaft ist er ein Außenseiter gewesen. Erst 1993 zum 50. Jahrestag der Hinrichtung wird Karl Friedrich Stellbrink auf Initiative des damaligen Bischofs Kohlwege von der evangelischen Kirche rehabilitiert.

Die katholische Herz-Jesu-Gemeinde hingegen hält die Erinnerung an die vier Geistlichen von Anfang an hoch. In den 1990er-Jahren stoßen evangelische Christen zum „Arbeitskreis 10. November“ hinzu, der nun in der Ökumene jährliche Gedenkfeiern organisiert. 2011 werden die drei katholischen Priester selig gesprochen, des evangelischen Pastors wird dabei ehrend gedacht. Seit 2012 erzählt eine Ausstellung in der Krypta der Herz-Jesu-Kirche von den vier Lübecker Märtyrern, seit 2014 ist die Lutherkirche, der Wirkungsort von Karl Friedrich Stellbrink, Gemeindekirche und Gedenkstätte mit Ausstellung zugleich ([www.gedenkstaette-lutherkirche.de](http://www.gedenkstaette-lutherkirche.de)).

*Dr. Karen Meyer-Rebentisch ist Projektleiterin an der Gedenkstätte Lutherkirche in Lübeck und Mitglied im Beirat der LAGSH. Den Festvortrag der Autorin anlässlich des 125. Geburtstages von Karl Friedrich Stellbrink am 28.10.2019 im Europäischen Hansemuseum finden Sie [hier](#). ◀*

## Zur Aufarbeitung der NS-Vergangenheit und völkischen Ideologie von Baldur Springmann

*Florian Steig*

Als sich die Partei Die Grünen im Jahr 1980 in einem turbulenten Prozess als Zusammenschluss ideologisch heterogener Akteure konstituierte, prägte er das mediale Bild der jungen Vereinigung: Baldur Springmann (1912–2003) war mit seinem auffälligen Erscheinungsbild, stets in einen „Hessenkittel“ gekleidet, ein beliebtes Fotomotiv.

Springmann lebte in Geschendorf, Kreis Segeberg, und bewirtschaftete dort ab 1954 seinen Bauernhof auf ökologisch-dynamischer Basis. Vielen gilt er als Pionier der ökologischen Landwirtschaft.

Seine nationalsozialistische Vergangenheit ist heute jedoch nur wenigen bekannt. Springmann war nicht nur Mitglied der NSDAP und der SS, sondern als Nationalsozialistischer Führungsoffizier auch für weltanschauliche Erziehung zuständig. Im Kieler Stadtteil Schilksee war er als Kapitänleutnant an der Marine-Flak-Abteilung eingesetzt. Springmann ging nach Kriegsende betont offen mit seiner NS-Vergangenheit um, verwies aber auf eine vermeintliche Distanz, die er zu der nationalsozialistischen Doktrin eingenommen habe. Ein Skript für eine Rede, die Springmann vermutlich 1944 als Oberleutnant der Marineartillerie vorbereitet hatte, offenbart jedoch ein rassistisches und antisemitisches Weltbild. Springmann warnt darin nicht nur vor dem „Volkstod“ durch „Amerikanisierung“, sondern legt auch seine Anschauungen zum „Buschneger“ oder den „Finanzmagnaten meistens jüdischer Rasse“ dar.

Diese Aktivitäten, sein politisches Engagement und Weltbild nach 1945 sind bisher nur oberflächlich aufgearbeitet worden. Seit 2017 ist Springmanns umfangreicher Nachlass jedoch im Landesarchiv Schleswig-Holstein zugänglich und bietet zahlreiche Ansatzpunkte für eine tiefere Auseinandersetzung. Darin enthalten sind unter anderem biografische

Dokumente, eine große Zahl an Zuschriften und eigenen Briefen, Dokumente zu Anti-AKW-Protesten, zur Gründungsgeschichte der Grünen und der von ihm mitgegründeten Ökologisch-Demokratischen Partei (ÖDP) sowie zu spirituellen Initiativen. Weiterhin findet sich umfangreiches Material zum Thema Landwirtschaft und zu seinem Engagement in patriotisch-nationalistischen Vereinen wie der selbstgegründeten „Aktionsgemeinschaft der Deutschlandliebenden“, über das bisher wenig bekannt ist. Der Nachlass erlaubt einen Einblick in die Geschichte der ökologischen Bewegung in Schleswig-Holstein und ihre Verbindungen in das rechtskonservative und rechtsextreme Spektrum.

Mir bot der Nachlass Gelegenheit, mich im Rahmen des Geschichtswettbewerbs des Bundespräsidenten ein halbes Jahr lang intensiv mit Baldur Springmanns NS-Vergangenheit, dem Vorwurf des Rechtsextremismus gegen ihn und seiner Bedeutung für die Ökologiebewegung zu befassen. Der Geschichtswettbewerb wird in einem zweijährigen Turnus mit wechselnden Themen ausgeschrieben und setzt sich zum Ziel, junge Menschen bis 21 Jahre zur Auseinandersetzung mit der eigenen regionalen Geschichte zu ermuntern.

Springmanns Weltbild nach 1945 war von der Verbindung ökologischer, völkischer und spiritueller Elemente geprägt. Sein Handeln war maßgeblich von der Vorstellung einer heranahenden ökologischen Katastrophe beeinflusst. Diese sei ebenso wie die Chemisierung der Landwirtschaft, der Materialismus oder die Globalisierung Ausdruck einer „Fehlentwicklung der Menschheit“, wie Springmann in einer Ansprache an seine Batterie im Jahr 1944 konstatierte. Diese Fehlentwicklung ordnete Springmann im Sinne des New Age als das letzte Aufbegehren des „Wassermannzeitalters“ auf, während das bald folgende „Fischezeitalter“ Erlösung verspreche. Der exkludierende Charakter seines Weltbildes wird meist erst auf den zweiten Blick erkennbar. Springmann gab sich freundlich und dialogbereit, predigte „Liebe“ und „Partnerschaft“ zur Natur. Zugleich propagierte er eine Form des neurechten „Ethnopluralismus“, indem er je-

dem „Volk“ eine spezifische Funktion in der Welt zuschrieb. Er verstand die Erde als einen Organismus, deren Organe/Völker ihre „Eigenart“ bewahren müssten, damit sie sich „mit all ihrer bunten Vielfalt eingliedern als unterschiedlich funktionierende Organe in dem lebendigen Leib“ der Menschheit.

Auf seinem Hof Springe in Geschendorf verwirklichte Springmann zunächst seine Idealvorstellungen des „Bioregionalismus“, indem er sich jeglichem Einsatz von Kunstdünger verweigerte und genossenschaftliche Strukturen etablierte. Er lehnte Globalisierungstendenzen vehement ab und berief sich auf einen romantisierten Heimatbegriff.

Nach einem Engagement unter anderem im „Weltbund zum Schutz des Lebens“ und in der „Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher“ wurde Springmann eine zentrale Figur in der Grünen Liste Schleswig-Holstein (GLSH). Zunächst nur Anstoßgeber der Grünen Liste Segeberg, wurde Springmann am 21. Mai 1978 zu einem der drei Vorsitzenden der GLSH gewählt. Durch sein authentisches Auftreten avancierte er schnell zum bekanntesten Vertreter der jungen Vereinigung und wirkte in den Folgejahren an der Gründung der Bundespartei Die Grünen und später der ÖDP mit.

Der breiten Masse der Öffentlichkeit war und ist sich des ideologischen Hintergrunds Springmanns nicht bewusst. Die mediale Berichterstattung um das Jahr 1980 mag daran ihren Anteil haben. Der *Norddeutsche Rundfunk* inszenierte den so betitelten „Sonnen-Baldur“ nicht nur unkritisch als „ein[en] Mann, der sich verdient gemacht hat, für den Umweltschutz, die Wahrung der Natur viel geleistet hat“, sondern sogar als „Gründungsvater der Grünen“.

Doch selbst innerhalb der Grünen und der ÖDP war Springmanns Vergangenheit nur in Ansätzen bekannt und wurde außerhalb der K-Gruppen weitgehend toleriert. Ex-Innenminister und Grünen-Mitbegründer Otto Schily erinnert sich: „In der ziemlich chaotischen Anfangsphase der Grünen wurde es in mancher Hinsicht nicht so genau genommen, wer wo-

her kommt.“ Für ÖDP-Gründungsmitglied Bernhard Suttner ist Springmann „das Musterbeispiel dafür, dass wir alle seinerzeit gutgläubig und blauäugig waren: Jeder der für die Natur eintrat, war uns willkommen und galt als guter Mensch.“

Die Grünen haben ihre damaligen Verbindungen in das völkische Spektrum nie ernsthaft aufgearbeitet. Dabei ist Springmann kein Einzelfall für ökologische Parteien. August Haußleiter etwa wurde kurzzeitig sogar zum Sprecher der Grünen gewählt. Rechtsextremist Werner Georg Haverbeck, dem im Zusammenspiel brauner und grüner Themen eine Schlüsselrolle zukommt, beteiligte sich an der Konstituierung der ÖDP.

Heute dient Springmann vorwiegend rechts-extremen Gruppierungen und Parteien als Stichwortgeber in Umweltfragen. Auch die „arisch“-rassistische „Artgemeinschaft“ beruft sich auf ihn. Völkische Siedler, die sich in ländlichen Regionen niederlassen, betreiben in seiner Tradition ökologischen Landbau, engagieren sich in der Dorfgemeinschaft und agieren so als Multiplikatoren von Germanenmythen. Die weitere Auseinandersetzung mit Springmann birgt somit das Potenzial für ein besseres Verständnis der Ursprünge und oft obskuren ideologischen Hintergründe dieser Szene.

*Florian Steig besuchte bis 2018 das Ludwig-Meyn-Gymnasium Uetersen und studiert seither Politikwissenschaft an der Universität Hamburg. Der vorliegende Text beruht auf seinem Beitrag zum Geschichtswettbewerb des Bundespräsidenten 2018/19. Für seine Arbeit „Baldur Springmann: Ökobauer zwischen Apokalypse und Aufbruch“ zeichnete ihn die Körber-Stiftung mit einem der Landespreise für Schleswig-Holstein und mit einem zweiten Bundespreis aus. Sein Tutor war Dr. Sönke Zankel. 2015 hatte Steig zusammen mit sieben anderen Schülerinnen und Schülern des Ludwig-Meyn-Gymnasiums den „Bertini-Preis für junge Menschen mit Zivilcourage“ für eine Recherche zur Ehrenbürgerschaft Hitlers in Uetersen erhalten. [▶](#)*

## LESEZEICHEN

### LITERATURHINWEISE

- Ahlheim, Klaus: „Moralkeule“ Auschwitz und Erinnerungskultur. Zwei Texte zum 8. Mai, Ulm 2019
- Barricelli, Michele: Zum Gedenken an das Unrecht der NS-Zwangsarbeit als Aufgabe der Erinnerung in Deutschland, in: [Erinnern! Aufgabe, Chance, Herausforderung, 1/2019](#), S. 70–82
- Becker, Randi: Die Gnade der weiblichen Geburt? Frauen als Täterinnen in „Euthanasie“-Gedenkstätten, in: Gedenkstätten-Rundbrief, Nr. 195, 2019, S. 41–48; Teil 2 in: ebd., Nr.196, 2019, S. S. 29–39
- Benz, Wolfgang: Gesellschaftskatastrophe mit Staatsversagen. Literatur zum „Nationalsozialistischen Untergrund“, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 67 (2019) 6, S. 552–565
- Cohen, Paul-Ernst: Von den Wegen weißer Rosen, Neukirchen 2019
- Godau-Schüttke, Klaus-Detlev: Integration und Restauration. Demokraten, Mitläufer, NS-Eliten: Justizpersonalpolitik in Schleswig-Holstein nach 1945, Kiel 2019
- Graf, Sabine: „Land of Memory“. Über die Bedeutung von Kunst und Kultur in der Gedenkstätten- und Erinnerungsarbeit einer Großregion, in: Geschichte für heute 12 (2019) 2, S. 71–73
- Gryglewski, Elke: Erfahrungen mit Vielfalt im (gedenkstätten-)pädagogischen Alltag, in: Volkhard Knigge, Sybille Steinbacher (Hrsg.): [Geschichte von gestern für Deutsche von morgen? Die Erfahrung des Nationalsozialismus und historisch-politisches Lernen in der \(Post-\)Migrationsgesellschaft](#), Göttingen 2019, S. 79–97
- Holsten, Nina: Lesen leicht gemacht? Zur Präsentation von Ausstellungstexten in Gedenkstätten zur Erinnerung an NS-Verbrechen, in: Angela Koch, Eva Hohenberger (Hrsg.): [Grau in Grau. Ästhetisch-politische Praktiken der Erinnerungskultur](#), Berlin 2019, S. 124–144
- Inklusion in Museen und Gedenkstätten – Kulturelle Teilhabe ermöglichen, Schwerpunktthema der Zeitschrift Erwachsenenbildung und Behinderung 30 (2019) 1
- Jasch, Hans-Christian Jasch; Lehnstaedt, Stephan (Hrsg.): Verfolgen und Aufklären. Die erste Generation der Holocaustforschung/ Crimes Uncovered. The First Generation of Holocaust Researchers, Berlin 2019
- [Rechtsterrorismus, Themenheft von: Aus Politik und Zeitgeschichte](#) 69 (2019) 49–50
- Schlie, Ulrich: Erinnerungsorte, politische Kultur und Geschichtspolitik im wiedervereinigten Deutschland, in: Michaela Sohn-Kronthaler, Jacques Verger (Hrsg.): Europa und Memoria, Sankt Ottilien 2019, S. 513–542
- Schmid, Harald: „Erinnerung kann nicht überleben an einem toten Ort“. Vergegenwärtigung des Nationalsozialismus in Gedenkstätten, in: [Jahrbuch für Politik und Geschichte](#) 7 (2016 –2019), S. 211–251
- Stolz, Peter: Gedenkstättenbesuche und -fahrten an Berliner Schulen: Erinnerungskulturelle Aspekte im Geschichtsunterricht, in: Geschichte für heute 12 (2019) 2, S. 61–70
- Wagner, Jens-Christian: Simulierte Authentizität? Chancen und Risiken von augmented und virtual reality an Gedenkstätten, in: Gedenkstätten-Rundbrief, Nr.196, 2019, S. 3–9
- Winkler, Axel: Von Segeberg nach Auschwitz. Das Leben der Jüdin Selly Baruch, Selbstverlag, 2019
- Wrochem, Oliver von: Historisch-politisches Lernen an Gedenkstätten in transnationaler und globalgeschichtlicher Perspektive, in: Volkhard Knigge, Sybille Steinbacher (Hrsg.): [Geschichte von gestern für Deutsche von morgen? Die Erfahrung des Nationalsozialismus und historisch-politisches Lernen in der \(Post-\)Migrationsgesellschaft](#), Göttingen 2019, S. 109–128 ◀

## TERMINKALENDER

Bitte beachten Sie auch den aktuellen [Online-Veranstaltungskalender](#) der BGSH.

*Noch bis 9. Februar, Jüdisches Museum, Prinzessinstraße 7, 24768 Rendsburg*  
**Haus der Ewigkeit – Jüdische Friedhöfe.** Ausstellung. Nähere Informationen finden Sie [hier](#).

*Noch bis 29. März, Flandernbunker, Kiellinie 249, 24106 Kiel*

**War mein Opa Nazi?** Ausstellung. Nähere Informationen finden Sie [hier](#).

*9. Januar, 19:00 Uhr, Landeshaus, Düsternbrooker Weg 70, 24105 Kiel*

**Auf dem Weg zu einem europäischen Erinnern?** Perspektiven auf die deutsche und die französische Erinnerungskultur. Nähere Informationen finden Sie [hier](#).

*23. Januar, 19:00 Uhr, Kreishaus, Hamburger Straße 30, 23795 Bad Segeberg*

**Gegen das Vergessen.** Eine Veranstaltung der AG 60 plus in der SPD, Kreisverband Segeberg, in Zusammenarbeit mit der Gedenkstätte Ahrensböck.

*26. Januar, 14:00 Uhr, Mahnmal, Schumacherallee/Breitenburger Str., 25524 Itzehoe*

**Gedenken am Mahnmal für die NS-Opfer.** Veranstaltung der AG Mahnen und der Ev.-Lutherische Innenstadtgemeinde, Itzehoe mit einer Gedenkrede von Ministerpräsident Daniel Günther.

*26. Januar, 16:00 Uhr, Johanneum zu Lübeck, Bei St. Johannes 1–3, 23552 Lübeck*

**An die Nachgeborenen!** Konzert und Rezitation anlässlich des Gedenktages 27. Januar. Nähere Informationen finden Sie [hier](#).

*27. Januar, ca. 15 – 18 Uhr*

**Lichter gegen Dunkelheit.** Bundesweite Beleuchtungsaktion in Gedenkstätten. In Schleswig-Holstein in Ahrensböck, Husum-Schwesing, Kaltenkirchen/Springhirsch, Quickborn und Kiel. Nähere Informationen finden Sie auf den Websites der einzelnen Einrichtungen.

*27. Januar, 16:00 Uhr, Ratssaal der Stadt Kaltenkirchen, Holstenstraße 14, 24568 Kaltenkirchen*

**Einigkeit, Recht und Freiheit.** Veranstaltung des Trägervereins der KZ-Gedenkstätte Kaltenkirchen zum Gedenktag 27. Januar. Nähere Informationen finden Sie [hier](#).

*27. Januar, 18:00 Uhr, Kreishaus, Marktstr. 6, 25813 Husum*

**Die Kinder vom Bullenhusser Damm.** Ausstellungseröffnung zum Tag des Gedenkens der NS-Opfer. Die Ausstellung ist bis zum 21. Februar zu sehen. Nähere Informationen finden Sie [hier](#).

*27. Januar, 19:00 Uhr, KZ-Gedenk- und Begegnungsstätte Ladelund, Raiffeisenstr. 3, 25926 Ladelund*

**Dimensionen der Mittäterschaft. Die europäische Kollaboration mit dem Dritten Reich.** Gedenken mit anschließendem Vortrag von Dr. Klaus Kellermann.

*27. Januar, 20:00 Uhr, Kultur- und Gedenkstätte Ehemalige Synagoge, Am Binnenhafen 17 25840 Friedrichstadt*

**Das Tagebuch der Anne Frank.** Filmvorführung: Spielfilm von Hans Steinbichler (2016).

*31. Januar, 19:00 Uhr, Landeshaus, Düsternbrooker Weg 70, 24105 Kiel*

**Keep history alive. Zwischen Erinnerungsroutine und neuen Herausforderungen.** Vortrags- und Diskussionsveranstaltung. Nähere Informationen finden Sie [hier](#).

*28. Februar – 29. November, Jüdisches Museum, Prinzessinstraße 7, 24768 Rendsburg*

**Gerettet, aber nicht befreit. Überlebende der Shoah in Schleswig-Holstein.** Ausstellung. Nähere Informationen finden Sie [hier](#).

*8. Mai, 16:00 Uhr, Landeshaus, Düsternbrooker Weg 70, 24105 Kiel*

**75 Jahre „Cap-Arcona-Katastrophe“ und Kriegsende.** Gedenkveranstaltung im Plenum des Landtages. [◀](#)



## IMPRESSUM



*Herausgeberin:*

[Bürgerstiftung Schleswig-Holsteinische Gedenkstätten](#)

Geschäftsstelle: Nordkolleg Rendsburg

Am Gerhardshain 44, 24768 Rendsburg

[info@gedenkstaetten-sh.de](mailto:info@gedenkstaetten-sh.de)

Tel. +49 (0) 4331-1438-24

Fax: +49 (0) 4331-1438-20

V.i.S.d.P.: Prof. Dr. Dr. h.c. Gerhard Fouquet

*Redaktion, Organisation und Layout:*

Dr. Harald Schmid (H.S.)

Kontakt: [harald.schmid@gedenkstaetten-sh.de](mailto:harald.schmid@gedenkstaetten-sh.de)

Tel.: 0152-31758461 ◀